



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1906**

62 (6.2.1906) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-417729](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-417729)

# General-Anzeiger



(Badische Volkszeitung.) der Stadt Mannheim und Umgebung. (Mannheimer Volksblatt.)

## Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2. Gesehene und verbreiteste Zeitung in Mannheim und Umgebung. E 6, 2.

Schluss der Inseraten-Aannahme für das Mittagsblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin W 50.

Redakteur: Dr. Paul Harms, Würzburgerstraße 15.

**Abonnement:**  
70 Pfennig monatlich,  
Erlangt durch die Post bez. incl. Post-  
zuschlag M. 8.42 pro Quartal.  
Einzeln-Nummer 8 Pf.

**Inserate:**  
Die Colonnelle-Zeile . . . 20 Pf.  
Kurzfristige Inserate . . . 25  
Die Reklame-Zeile . . . 60

Telegramm-Adresse:  
„Journal Mannheim“.

Telephonnummern:  
Direktion u. Buchhaltung 1449  
Druckerei-Bureau (Ein-  
nahme, Druckarbeiten) 841  
Redaktion . . . . . 877  
Expedition . . . . . 218

Nr. 62.

Dienstag, 6. Februar 1906.

(Abendblatt.)

### Politische Uebersicht.

Mannheim, 6. Februar 1906.

#### Die Reichstagsdiäten — und die Steuervorlagen.

Die „Köln. Volksztg.“ schreibt zur Diätenfrage, es sehe sie jetzt fest, daß die Vorlage in der Ausarbeitung begriffen ist und daß die Zustimmung des Kaisers zur Gewährung von Diäten gesichert sei; ferner daß sie auf den Gedanken eines Pauschquantums aufgebaut ist. Alle weiteren Details seien zweifelhaft, ebenso wenig könne man sagen, wann die Vorlage vor den Reichstag kommt. Sicher sei, daß die Verhandlung der Steuerergesetze in zweiter Lesung im Reichstage nicht in Angriff genommen werde, ehe die Diätenvorlage erledigt ist. — Wenn diese Wendung den Tatsachen entspricht, so ginge, schreibt der „Hann. Cour.“, daraus unüberleglich hervor, daß das Zugeständnis unter der Wirkung der Streikansätze des Zentrums gemacht worden ist.

#### Herr v. Poddielesi.

Die von agrarischer Seite ausgesprochenen Gerüchte über einen bevorstehenden Rücktritt des Herrn v. Poddielesi begegnen an Stellen, die man für ununterrichtet halten darf, starken Widerstand. Herr v. Poddielesi — so sagt man — möge ja wohl wieder einmal über Amtsmüdigkeit geklagt haben. Aber das hätte er schon des öfteren getan. In den politischen und gesellschaftlichen Kreisen, denen Herr v. Poddielesi nahe steht, ist diese gelegentliche Melancholie des sozialen Staats- und Landwirtschaftsministers keine ganz unbekannte Erscheinung. Von Zeit zu Zeit pflegt Herr v. Poddielesi zu sagen, er könne nicht mehr im Amte bleiben. Seine Söhne wüßten heran und kosteten Geld, und da dürfe er sich auch nicht länger zersplittern und müsse sich dem Erwerb und der Bewirtschaftung seiner Güter mit voller Energie widmen. Trotz solcher gelegentlichen Klagen ist Herr v. Poddielesi bekanntlich bislang immer noch nicht „verduftet“. Vermutlich wird er es auch diesmal nicht tun.

#### Die Revolution in Rußland.

Ueber die Verwendung der Gelder, welche bei dem deutsch-russischen Hilfsauschuß eingelaufen sind, geht der Presse folgende Mitteilung zu: Es sind bis zum 31. Januar eingegangen 244 715,41 R. Hieron sind für Unterstützungen verausgabt 89 087,47 R., und zwar durch Ueberweisung nach Riga 38 500 R., Wilna 5000 R., Libau 5000 R., Moskau 4000 R., Warschau 1000 R., Charkow 2000 R., Kowno 1000 R. Diese Gelder werden von den örtlichen Komitees oder Konfuln an bedürftige Deutsche ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit der Bedürftigen verwandt. Ueber die Art der Verwendung wird dem Hilfsauschuß eingehende Mitteilung gemacht. Ferner wurden überwiesen dem Hilfsauschuß in Königsberg 10 000 R. zur Aufnahme, Verpflegung und Anstellungsbringung ankommender Flüchtlinge aus den Ostseeprovinzen und 10 000 R. dem Hilfsauschuß zu Ostrowo zum gleichen Zweck für die Flüchtlinge aus Rußisch-Polen. In Berlin direkt verausgabt wurden 3672,47 R. als

Unterstützungen an eingetroffene Flüchtlinge (Industriearbeiter, Handwerker, Handlungsgehilfen, Gewerbetreibende, Förster, Inspektoren), durchschnittlich 75 R. Außerdem 3915 R. als Darlehen an Personen, welche sich nur vorübergehend in schwieriger Lage befinden, durchschnittlich 180 R. Nachdem in erfreulicher Weise die Eingänge beim Hilfsauschuß andauernd steigen, werden in der nächsten Woche wiederum größere Ueberweisungen an die Hilfsquellen stattfinden.

### Deutsches Reich.

\* Berlin, 5. Febr. (Im preussischen Abgeordnetenhaus) wurde heute die zweite Lesung des Etats beim Etat des Ministeriums des Innern fortgesetzt. Ein freiconservativer Antrag, die Staatsregierung aufzufordern, ihre Beschlusfassung aus dem im Vorjahre im Abgeordnetenhaus angenommenen Antrage Douglas betreffend Schaffung eines Landeswohlfahrts-Ausschusses zu beschleunigen und zu diesem Zweck eine Kommission von Sachverständigen einzusetzen, wurde nach kurzer Debatte der Budgetkommission überwiesen. Beim Titel Ministergehalt erklärte Minister von Bethmann-Hollweg, daß er gegen Ausmäße des Automobilsfahrens, mit möglicher Schärfe vorgehen werde. Ueber die Wahlrechtsfrage habe die Regierung eine eingehende Statistik aufnehmen lassen. Morgen wird die Staatsberatung fortgesetzt.

— (Die Geschäftsstelle des Verbandes deutscher Zigarettenfabriken) sucht durch eine Zuschrift an die Reichstagsmitglieder einer zu starken steuerlichen Belastung der deutschen Zigarettenindustrie vorzubeugen. Es wird ausgeführt, daß die rasche Zunahme des Zigarettenverbrauchs sich wieder verlangsame, weil die Ursachen der Konsumsteigerung (Verbollkommnung der Vorrichtungen für maschinelle Herstellung und daher Verringerung und Verbesserung der Erzeugnisse) zu wirken aufgehört hätten. Es sei ungerade, die Zigarettenindustrie, den zehnten Teil des deutschen Tabakgewerbes, allein stark zu belasten und dadurch der Zigarettenindustrie zuliebe schwer zu schädigen.

— (Gegen die geplanten Verkehrs- und Quittungssteuern) sowie auch jede Sonderbelastung von Handel und Gewerbe hat auch der Verband der Vereine Creditreform in einer an den Reichstag gerichteten Eingabe Einspruch erhoben.

— (Die Prinzessin von Schaumburg-Lippe,) die älteste Tochter des Königs von Dänemark, ist nach einem Telegramm des „Daily Telegraph“ aus Kopenhagen an Senigstarrte schwer erkrankt. Die Prinzessin weit augenblicklich in Odenburg zum Besuch beim Großherzog.

— (Der deutsche Gesandte in Belgrad, Frhr. v. Heyling,) der vor etwa zwei Monaten den Charakter als Wirklicher Geheimrat erhalten hat, verläßt binnen kurzem seinen bisherigen Posten, den er etwa anderthalb Jahre bekleidet hat. Ueber die weitere dienstliche Verwendung des Herrn v. Heyling verläutet bisher nichts Bestimmtes, doch wird angenommen, daß ihm ein angenehmerer Wirkungskreis übertragen werden wird.

— (Eine Kongo-Konferenz?) Nach einer Meldung der „N. N.“ aus Brüssel sollte im Juni in Paris eine Konferenz deutscher, englischer, französischer und italienischer Vertreter zur Ausarbeitung des endgültigen Kongo-Reformprogramms und zur Regelung der Frage der Handelsfreiheit im Kongostaat abgehalten werden. — Von bestinformierter Seite wird uns diese Nachricht als gänzlich erfunden bezeichnet.

— (Die diesjährigen Übungen der Linien-schiffe) der aktiven Schlachtflotte im Geschwaderverband wurden heute aufgenommen. Vizeadmiral Graf v. Dönhoff trat eine Übungsfahrt mit dem ersten Geschwader innerhalb des westlichen Ostseegebietes an.

— (Leutnant v. Stengel) vom Marine-Expeditionskorps ist nach einer in Wilhelmshaven eingegangenen Meldung in Dar es Salaam an Herzschwäche gestorben.

\* Dresden, 5. Febr. (Ueber die Einberufung eines außerordentlichen Landtags) zur Beratung einer Wahlrechtsvorlage der Regierung ist bisher nicht das Geringste bestimmt. Alle entgegenstehenden Meldungen beruhen lediglich auf Vermutungen.

\* Trier, 5. Febr. (Gegen das preussische Schulgesetz.) Eine stark besuchte Versammlung der Zentrumspartei in Berncastel hat Stellung gegen das Schulgesetz genommen, da sie in dem Gesetz die ernste Gefahr des Eindringens der Simultanschule gegeben sieht. Sie fordert die Ablehnung des Gesetzes durch das Zentrum.

### Ausland.

\* Oesterreich-Ungarn. (Die Krise in Ungarn.) Sämtliche Blätter sind durch das Ergebnis der Wiener Verhandlungen niedergeschlagen und drücken die Ansicht aus, daß von weiteren Verhandlungen keine Rede sein könne. Baron Fejervary begibt sich Mittwoch nach Wien, um über die weiteren Maßnahmen zu beraten. Nach Mitteilung mehrerer Blätter soll die Stellung des Kriegsministers v. Pittreich ernstlich erschüttert sein. Der Inhalt der vom König zurückgewiesenen Forderungen umfasst: Beantwortung der Adresse der Koalition; sofortige Durchführung der Valuta-regulierung; Errichtung einer selbständigen ungarischen Nationalbank. Die Koalition nimmt den deutschen Handelsvertrag an, aber nur auf Grundlage des autonomen ungarischen Zolltarifs, während mit Oesterreich der Abschluß eines Handelsvertrags erfolgt. Die nationalen Forderungen werden zurückgestellt bis zur neuerlichen Entscheidung des Volkes, die auf Grund einer sofort vorzunehmenden Wahlreform erfolgen soll, auch die militärischen Forderungen.

\* Frankreich. (Die Inventaraufnahme.) Die Deputiertenkammer setzte gestern ohne Zwischenfall die Budgetdebatte fort. Mehrere liberale Deputierte bemühten sich, von der Regierung einen Aufschub der Inventaraufnahme in den Kirchen zu erwirken, doch erklärte Ministerpräsident Rouvier sofort dem Deputierten Berry, daß das Separationsgesetz ohne Unterbrechung und ohne Ausnahme aus-

### Tagesneuigkeiten.

— Feuer auf einem Soldatentransportschiff. Wie aus San Francisco berichtet wird, brach auf dem Transportschiff „Meade“, das mit etwa 1000 Soldaten und reichlichen Vorräten gerade nach Manila aufbrechen sollte, ein gefährliches Feuer aus, bei dem eine Anzahl Mannschaften nur unter den größten Anstrengungen gerettet werden konnte, während mehrere von den heldenmütigen Poeten ihren Tod fanden. Die Offiziere und die Soldaten lagen in diesem Schicksal, als das Feuer im Schiffsraum endlos wüthete. Als sie gewacht wurden, hatten die Flammen sich bereits über das ganze Schiff verbreitet. So schnell wie möglich suchte man alle Mannschaften an Land zu bringen. Die Stadt wurde alarmiert, und die gesamte Feuerwehreinheit eilte herbei und nahm im Verein mit den Soldaten den Kampf mit den Flammen auf. 800 Hasser halfen, um die Flammen zu löschen, während andere von dem giftigen Rauch so betäubt wurden, daß sie wie Trunkenen schwankten. Innerhalb der Feuerwehreinheit wurden die Mannschaften von Rauch überdeckt und starb, und zwei seiner Leute, die ihn zu retten versuchten, wurden betäubt und konnten erst nach verzweifelten Anstrengungen gerettet werden. Dazu kam die dröbige Witterung einer großen Explosion, da sich auch große Munitionsvorräte im Feuer befanden. Nur der Unerschrockenheit der Feuerwehreinheit und den äußersten Anstrengungen gelang es, das Feuer von den Mannschaften in denen das Pulver lagerte, fernzubehalten. Durch Umarmen von Wasser, die in den Schiffsraum gepumpt wurden, gelang es schließlich, das Feuer Herr zu werden. Zwei Mann von der Feuerwehreinheit und der dritte Offizier der „Meade“ verloren ihr Leben,

und drei Feuerwehrleute und ein Soldat werden noch vermisst. Eine große Zahl von Wunden wurde schwer verwundet. Das Schiff führte auch 800 000 R. in Gold mit, die aber gerettet werden konnten. Die Größe des Verlustes durch die Vernichtung der Ladung von 1000 Tons konnte noch nicht festgestellt werden. Entschieden war das Feuer, wie man annimmt, durch achtlosen Feuerstein einer Zigarette im Schiffsraum.

— Alice Roosevelt Trauscan. Miss Roosevelt hat in Newport ihre Einkäufe für ihre Brautausstattung beendet. Der ganze Trauscan wird aus amerikanischen Fabrikaten hergestellt werden. Heute soll die junge Dame zunächst den Wunsch gehabt haben, ihr Brautkleid aus den wunderbarsten feinsten Stoffen verfertigen zu lassen, die sie von der Kaiserin von China und anderen orientalischen Fürstinnen geschenkt erhalten hat, aber „Baba Roosevelt“ sprach ein Nachwort, und man wird sie in einem einfachen Kostüm, wie es sich für eine Frau ziemt, in die Ehe treten. Dieses „ganz amerikanische“ Hochzeitskleid besteht aus einfacher weißer Seide und wird im Stil eines Prinzesskleides gehalten, mit einer kurzen Vorderkappe. Das Dessin des Stoffes wird nicht wieder hergestellt werden, da der Webstuhl, auf dem es verfertigt wurde, zerstört wird. Die Färbung der Seide besteht in einem feinen Rosenmutter, das durch ganze Silberfäden gebildet wird. Der Stoff ist völlig glatt ohne jegliche Garnierung und eng gehalten. Die Korlage ist in leichte Falten gelegt; die Ärmel reichen nur bis zum Ellenbogen und werden durch einen Ueberfall von Seiden abgetrennt. Die Vorderkappe ist mit weißer Seide gefüttert und mit vielen Schiffrüchen besetzt. Der Brautschleier besteht aus durchsichtigem zarten Tüll und wird von einem Kranz von Orangenschalen gehalten, deren Zweige lose fast über das Haar hängen. Das Kleid, das Miss Alice nach der Feierlichkeit trägt, ist aus gelbbraunem Tüll, ebenfalls in Prinzessform, mit einer kurzen Jacke. Der Rock ist mit Wendeln von gelbbraunem Samt verziert. Der Hut zu diesem Kostüm ist ein kollektiver Dreispitz aus gelbbraunem Samt, der von einem Korallenkugeln an der Seite schön gekrönt wird, den wieder eine Schwalbe aus Silber und Schilddü-

schleier. Auch alle die anderen Gegenstände, die die Ausstattung von Miss Alice bilden, sind bereits in Arbeit und werden bis zur Hochzeit fertig, wobei die Newporter Schneiderinnen einen Restock aufstellen wollen, indem sie sämtliche 200 Stück des vollständigen Trauscans in 15 Tagen fertigstellen werden. Ihre übrigen Einkäufe machte Miss Alice Roosevelt sehr schnell und entwidelt dabei praktischen Blick, Zielbewußtheit und viel Gerinnbarkeit. Das erdlose Jögern, das ewige Sämenken, das eine Deutsche wohl bei dem Einlauf ihrer Ausstattung besäße, ist der Amerikanerin fremd. In wenigen Stunden hat sie 9 Hüte, viele Abend-Schirme, Handtasche, sehr viel Wäsche erstanden. Auch der neue Pullman-Wagen, der das junge Ehepaar für die Frühlingsreisen nach dem üblichen Palm Beach in Florida einführen wird, ist schon fix und fertig. Die einzelnen Räume sind sehr luxuriös hergerichtet, und der Wagen enthält eine ganze kleine Wohnung, bestehend aus Wohnzimmer, Eßzimmer, Schlafzimmer und Küche.

— Große Waldbrände in Italien. Aus Mailand wird berichtet: In Oberitalien herrscht seit langem eine große Trockenheit, und dadurch sind eine Anzahl von Waldbränden hervorgerufen worden. So sah man am Freitag in den Bergen oberhalb von Macagno am Lago Maggiore Flammen aufsteigen, und da der Wind das Feuer noch mehr anfauchte, verbreitete es sich sehr schnell und bedeckte bald eine große Fläche, so daß dicke Rauchwolken die ganze Umgebung verfinsterten und die Luft mit Dampf erfüllten. Das Brennende wogende Feuermeer bot einen schrecklich schönen Anblick; das Feuer ließ sich nicht löschen und brennt noch fort. Auch an der Gotthardbahn entstand Feuer durch einen Funken aus einer Lokomotive, der Feuer in der Gemeinde Rusgnano bei Varese in Brand setzte. Die Flamme verbreitete sich rasend schnell aus und hatten bald einen Umkreis von 30 Kilometer erfasst. Das Feuer dauerte drei Tage und hat nicht nur einige Schutzhütten, sondern auch ein paar kleine Kapellen, darunter das postliche Kirchlein von Cima zerstört. Eine große Anzahl Soldaten, Arbeiter und Polizeibeamte bemühte sich, die Häuser und Dörfer innerhalb der Feuer-

geführt werde. — Wegen Beteiligung an den Ruhestörungen in der Clostfidenkirche wurden vom Justizpolizeigericht die Angeklagten de la Chevallerie zu 3, de Loqueville zu 4 Monaten Gefängnis, beide mit Strafausschub, verurteilt. — Unter den Studenten der Rechte an der Pariser Universität hat sich eine Liga zur Verteidigung der Kirche gebildet. — Im „Nabulal“ kündigt der Deputierte Roujan an, Fallières werde nach dem offiziellen Antritt seiner Präsidentschaft, alle nach dem 18. Februar, die jetzt verurteilten kirchlichen Ruhestörer signabigen. — Diese vorzeitige Ankündigung wäre, die die Ruhestörungen noch andauern, zum mindesten unpolitisch.

(Marokko-Konferenz.) Die „Liberte“ verzeichnet einen neuen Vorschlag zur Lösung der marokkanischen Polizeifrage. Darnach solle Frankreich mit der Polizeioberaufsicht betraut werden, aber verpflichtet sein, eine gewisse Anzahl Offiziere anderer Nationen zur Hilfe zu nehmen.

Gesundheitssachen. Bezüglich gemisser unruhigender Berichte über den Gesundheitszustand des Königs, die anscheinend infolge des Besuches des Marinerbates Ost in Wiesbaden entstanden sind, wird höfentlich mitgeteilt, daß er wurde vom König als persönlicher Bekannter und nicht in seiner Eigenschaft als Arzt empfangen; er wurde auch in keiner Weise hinsichtlich des Gesundheitszustandes des Königs in Frage gezogen, der glücklicherweise vollständig ausgeglichen ist.

## Aus Stadt und Land.

Wannheim, 6. Februar.

### Handelsschule für Mädchen.

In den letzten erschienenen, von dem technischen Leiter, Herrn Handwerkskammersekretär Hauser hier, verfaßten Jahresbericht wird u. a. folgendes angedeutet:

Es gibt wohl kein Zweig des öffentlichen Unterrichts, der in den letzten Jahren einen so augenscheinlichen Aufschwung genommen und der eine so erfolgreiche Förderung erfahren hat, wie das Handelsschulwesen. Während noch vor zwei Jahrzehnten selbst in den Handelsgewerben kaufmännische Schulen vollständig fehlten, haben sich dieselben, in neuerer Zeit vielfach aus bestehenden Anfängen heraus, in ungeheurer Weise erweitert und bilden heute schon einen wichtigen Faktor im gesamten Unterrichtsgebiete. Die neuesten Erscheinungen auf diesem Gebiete sind die Anstalten für weibliche Handelsschülerinnen, deren Errichtung mit dem Jahre 1870 in den kaufmännischen Berufen notwendig geworden ist. Wie in zahlreichen deutschen Städten mit lebhaftem Handel und einer entwickelten Industrie, hat sich auch in Mannheim das Bedürfnis gezeigt, Handelsschule für Mädchen zu errichten, in welchen den Teilnehmenden Gelegenheit geboten wurde, die zur Erlangung einer Stelle in einem kaufmännischen Beruf unentbehrlichen Kenntnisse zu erwerben. Der Verein Frauenbildung-Frauenstudium, der sich auch die Steigerung der Erwerbsmöglichkeit für das weibliche Geschlecht zur Aufgabe gestellt hat, ist auch dieser Frage näher getreten und hat seinerzeit eine Kommission mit der Durchsicht dieser zweifellos hochwichtigen Angelegenheit betraut. Dieselbe hat sich zunächst mit der Bedürfnisfrage beschäftigt und den Grundriss aufgestellt, daß keine Bedürfnisse künstlich geschaffen, sondern nur vorhandene nach Möglichkeit befriedigt werden sollen. Sie hat aber auch den Kreis der aufzunehmenden Mädchen dahin erweitert, daß nicht nur solche Aufnahme finden sollen, die sich dem kaufmännischen Berufe widmen, sondern auch alle diejenigen, welche die verlangten Kenntnisse und Fertigkeiten etwa im Elternhause erwerben wollen, namentlich auch die Töchter von Gewerbetreibenden, die ihren Vater, Bruder etc. in der Führung der Geschäfte nach und nach der Vatersposten übernehmen möchten.

Die Anmeldungen liefen so zahlreich ein, daß die Errichtung eines zweiten Kursets in Aussicht genommen werden mußte. Die Eröffnung der beiden Parallelkurse erfolgte am 17. October 1890 mit 56 Teilnehmerinnen. Die Kurse waren von halbjähriger Dauer. Nach Beendigung derselben wurden jeweils neue eröffnet, die sich bei einer guten Frequenz zu erfreuen hatten. Durch den Umstand, daß die Kurse von einer größeren Anzahl auswärtiger Schülerinnen besucht wurden, war der Beweis erbracht, daß man gerade in Mannheim mit seinem lebhaft pulsierenden geschäftlichen Leben ein so günstiges Feld für die Abhaltung von Handelsschulen besitzt. Von Herrn Oberbürgermeister Hof. In demselben wurde mit diesem Verständnis für die Fortdauer der Anstalt und mit Hinzunahme mehr ausdauernden Eintrags eine Reihe von praktischen Vorschlägen zur Diskussion gestellt und eine geeignete Grundlage geschaffen für eine planmäßige Erweiterung dieser wichtigen Anstalten. Die nächste Folge der in dieser Hinsicht gegebenen Anregungen war die Errichtung einer weiblichen Handelsschulbildungsschule mit obligatorischem Schulbesuch für alle innerhalb des Gemeindegrenzes im Handelsgewerbe oder in anderen Berufen mit kaufmännischen Verbindungen beschäftigten Mädchen und Mädchen besessener Geschlechter bis zum vollendeten 18. Lebensjahre auf Grund des § 120 der

Reichsgewerbeordnung. Diese Anstalt wurde am Oftern 1900 eröffnet.

Dadurch wurde auch eine Aenderung in der Organisation der Handelsschule für Mädchen notwendig, die der Hauptsache nach in der Umwandlung der Halbjahreskurse in Jahreskurse bestand. Mit dieser Kurze lebensfähig zu gestalten, war es notwendig, von der bisherigen Methode der Genehmigung zu erlauben, daß die Köpfe von derselben die Berechtigung erwerben, vom Besuche der obligatorischen weiblichen Handelsschulbildungsschule dispensiert zu werden. Der Verwaltungsrat hat deshalb an den Stadtrat eine Eingabe mit dem Ersuchen gerichtet, der geplanten Reorganisation unserer Handelsschule die Zustimmung zu erteilen, insbesondere zu genehmigen, daß diejenigen Schülerinnen, welche die 8. Klasse der Volk- oder Bürgerschule oder einer gleichwertigen Anstalt absolviert und die Handelsschule ein Jahr lang mit Erfolg besucht haben, vom Besuche der Handelsschulbildungsschule dispensiert werden. Die erbetene Genehmigung wurde bereitwillig erteilt; auch wurden vom Stadtrat die erforderlichen Schullokale nicht bezogen und Verabredung wie früher zur Verfügung gestellt. Durch dieses dankenswerthe Entgegenkommen seitens der Stadtverwaltung war es möglich, schon im Herbst 1900 einen Jahreskurs zu eröffnen, zu welchem sich eine genügende Zahl von Schülerinnen gemeldet hatte. Nun hat sich aber das Bedürfnis gezeigt, neben diesen Jahreskursen auch die bisherigen Halbjahreskurse, die sich zur Laubzeit hatten, erweitert zu führen, namentlich für solche Mädchen, die das 18. Lebensjahr schon überschritten hatten oder die erwerblosen Kenntnisse nur im Elternhause erwerben wollten.

Während des Schuljahres 1900/01 wurden die Unterrichtslokale in das Schulhaus L 1 verlegt, in welchem heute, gegenwärtige Lage zur Verfügung stehen. Von Oftern 1904 ab wurden nur noch Jahreskurse errichtet. Im Schuljahr 1906/07 wurden die Kurse von 78 Schülerinnen besucht, die in 2 Abteilungen unterrichtet werden, für den Unterricht im Französischen wurden 8, im des Stenographie und im Maschinenschreiben je 4 Abteilungen gebildet. Eine noch erheblich größere Frequenz unserer Kurse würde erreicht, wenn auch die Mädchen aufgenommen werden könnten, welche aus der 7. Klasse der Volk- oder Bürgerschule entlassen werden. Es wäre dies auch schon aus dem Grunde wünschenswert, daß infolge der getroffenen Bestimmungen diese Schülerinnen selbst bei bevorstehenden Leistungen der 8. Klasse nicht erüben, sondern sich dieselbe nicht freiwillig besuchen. Es sind dies alle diejenigen, welche in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dez. geboren sind, da an Oftern eines jeden Jahres nur solche Kinder in die Schule aufgenommen werden, die bis Ende Juni das 6. Lebensjahr erreicht, oder die Mädchen entlassen werden, welche bis zum Schlusse des Jahres, also am 31. Dezember des 14. Lebensjahrs zurücklegen. Diesem tatsächlich vorhandenen Bedürfnisse könnte dadurch Rechnung getragen werden, daß für die fraglichen Schülerinnen wöchentlich eine entsprechend vermehrte Unterrichtszeit vorgeschrieben wird, was keine unüberwindlichen Schwierigkeiten haben kann. Eine Ausgestaltung der Organisation der Handelsschule für Mädchen nach dieser Richtung hin wird die nächste Aufgabe sein.

Der Verwaltungsrat der Kurse besteht aus 6 Damen und 8 Herren; der Unterricht wird von 6 Lehrern und 3 Lehrerinnen im Nebenamt erteilt. Die Schlußprüfung findet am 31. März dieses Jahres statt. Neue Jahreskurse beginnen am 28. April l. J. Anmeldungen werden entgegengenommen von Frau K. S. P. in der Vorstands des Verwaltungsrates, N 7, 12, und Frau B. Hauser, M 5, 6. Schulstraße werden an Interessenten kostenlos abgegeben.

Theologische Vor- und Hauptprüfung. Die in diesem Frühjahr abzuholende theologische Vorprüfung soll Dienstag, den 17. April d. J., nachmittags 3 Uhr, ihren Anfang nehmen. Besuche um Zulassung sind spätestens bis zum 17. März an den Dean, Oberkirchenrat zu richten. Die theologische Hauptprüfung der jungen Pfarrkandidaten beginnt Dienstag, den 24. April d. J., vormittags 8 Uhr. Die Prüfungen um Zulassung sind spätestens bis zum 21. März d. J., bei dem Evangelischen Oberkirchenrat einzureichen.

Vom Militär. Für dieses Frühjahr sind größere Veränderungen in höheren Kommandostellen zu erwarten. Wie berichtet, soll dabei auch im Kommando der 29. Division in Freiburg (Kommandeur Generalleutnant Erzell, v. Fallot) ein Wechsel eintreten.

Vom Verband Deutscher Handlungsgehilfen in Leipzig wird mitgeteilt: In der ersten Versammlung der Hilfskassenvereine haben alle Parteien des Reichstags sich im allgemeinen den wahren Hilfskassen gegenüber freundlich gezeigt. Das erweist die Hoffnung, daß vor allem die Anwesenheit jener Berufe befruchtend werden, die einen großen Teil nicht versicherungspflichtiger Mitglieder zählen. Wie schon bei der letzten Versammlung des Reichstags, das von dem Verbande der Deutschen Handlungsgehilfen in Leipzig, die bei 174 Mitgliedern in den ersten 11 Monaten des vorigen Jahres 940 000 M. Beiträge verginnete und 252 117 M. für Krankenpensionen, 46 993 M. für Krankenversicherungen, 212 000 M. für Krankenpensionen, 56 000 M. für Krankenpensionen, 18 753 M. für sonstige Leistungen und 21 000 M. für Reservegelder veranschlagt. Seit Bestehen der Kasse zahlte sie 6 229 000 Mark für Krankenversicherung und 300 000 M. für Krankenpensionen. Nach Abschluß aller Ausgaben und Ausschreibungen beträgt dieser Bestand am 31. Dezember 1906: 67 277 Mitglieder. Im Januar

dieses Jahres nahm er gegen 2500 Mitglieder auf, so daß er seine Mitgliederzahl heute auf effektiv 70 000 beziffern kann.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands — Ortsverband Mannheim — hat zur Errichtung eines Bauvereins in Heidelberg den Antrag von 300 Mark gestellt.

Wittens-Frauenverein. Morgen Mittwoch nachmittags 4 Uhr versammelt sich der Wittens-Frauenverein im Hofp. U 3, 23, wo eine Besprechung und ein Wittens-Vortrag stattfindet. Neue Freundinnen sind herzlich willkommen.

Die Krankenkassenverwaltung bälischer Eisenbahnbeamten und Eisenbahnarbeiter hat, wie an unser Freiburger Schlichter-Commissar auf Generalung Obermeister bei Bademüller einen Antrag von 10 bälischen Königen angekauft, um dort ein Gesundheits- und Erholungsheim für die Beamten und Arbeiter zu errichten. Der Plan ist außerordentlich günstig und für ein betriebliches Stablisement von großem Nutzen. Das Gebäude wird sofort zur Aufnahme von etwa 60 Personen eingerichtet werden.

Der Verein der Hundefreunde Mannheim (G. S.) hielt am Dienstag, den 30. Januar seine ordentliche Generalversammlung im Vereinslokal „Café Liebermann“ ab. Der 1. Vorsitzende Herr Otto Roth bewillkommnete die zahlreich erschienenen Mitglieder und referierte sodann in ausführlicher Weise über den verfloßenen Vereinsjahr, das sich nach jeder Richtung hin würdig befriedigend anbot. Des ferneren gedachte man der im verfloßenen Vereinsjahre verstorbenen Mitglieder. Zum letzten Ehrenmitglied ernannt wurden die Anwesenden von ihren Eltern, Herrn H. Wohlgemuth wurde nach Erhaltung des Rosenbergs als Ehrenmitglied ernannt. Die Vorstandswahl hatte folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Herr Robert Albert, 2. Vorsitzender Herr Max Bey, Kassierer Herr A. Weg, Schriftführer Herr G. S. i. a. u. d. Als Delegierte des G. S. D. V. wurden die Herren August Braun, Max Bey und Gustav Wagner gewählt.

Kolossentheater. „Maacht' Dir? Wie mach't mir.“ Mit diesem Stücke spielte die Direction einen Tramp auf, der das Spiel gewann, denn solche Lustspiele sind selten durch die Räume des Kolosseums gebracht. Wer sich einige vergnügliche Stunden verschaffen will, besuche diese Aufführung, die das tollste Spiel, was auf diesem Gebiete denkbar ist. Heute Dienstag findet die 4. Aufführung statt. Den Besuch empfehlen wir bestens.

Vertrauenslos. Im ganzen Kreisbezirk Emmendingen haben 11 „Vollstrecker“ die Wählerstimme die Vertrauenslos am 3-4 Hg. erloht.

Zur Beendigung des Ausstandes der Kohlenarbeiter in der Salsbader Anilin- und Sodafabrik wird uns nachfolgendes geschrieben: Die ausständigen Kohlenarbeiter verließen am Laufe des gestrigen Tages wiederholt, durch Vertreter die von ihnen gehaltenen Forderungen durchzusetzen. Diese Forderungen waren im wesentlichen folgende, als die Arbeitervertreter sich bei dem Wähler der Vereinbarung für die Gesamtheit der Arbeiter verbindlich gemacht hatten und nun durch den Ausstand der Kohlenarbeiter diese Vereinbarungen erfüllt und das ganze Unternehmen dadurch restlos in Profit gestellt war. Im Laufe des Vormittags forderte die Fabrikleitung unter Hinweis auf das verhängnisvolle Verhalten der Kohlenarbeiter Besuche anderer Betriebe auf, die zur Aufrechterhaltung der Produktion notwendige Kohle zu fördern, was seinen wichtiger Hilfsträger trotz der ungenügenden Arbeit wenigstens in solchem Umfange geschehen konnte, daß ein Stillstand der Fabrik nicht unmittelbar eintrat. Unter diesen Umständen fehlte allerdings die berechneten Arbeitervertreter in einer Rudimentarversammlung eine Resolution des Inhalts, daß das Vorgehen der Kohlenarbeiter nicht genehmigt sei und nicht gebilligt werde, daß dieselben deshalb aufgefordert wurden, die Arbeit alsbald wieder aufzunehmen. Die Direction bestand auf der bedingungslosen Rückkehr der Arbeiter zu den Arbeitstätten und als eine solche angekündigt war, gestattete die Fabrikleitung die Wiederaufnahme der Arbeit. Die in der Presse gegebene Darstellung über die Ursache des Ausstandes entspricht nicht den Tatsachen, indem weder die Fabrikleitung noch einer ihrer Vertreter im Laufe der Verhandlungen je irgendwelche Zugeständnisse an die Kohlenarbeiter gemacht hatte.

Aus der Kammer II. Die an den Wittensmannschen Anstaltenbauten am Friedhofsgäßchen beschlagnahmten Konterbäume haben einen Rosenproben gegen Herrn Wittmann an den angekauft. Wittmann jun. geriet im Dezember 1904 in Zahlungsschwierigkeiten. Sein Vater als Generaldirektor legte in der Gläubiger-Versammlung einen Antrag vor, monatlich ein Vermögen von 170 000 Mark vorzulegen und hat um ein Novizium um drei Jahre. Die hiesiger angekauften Eisenbahn durch die Hypothek auf die drei Bäume wurde ein mal genügend befunden und Wittmann erklärte sich dann bereit, für 33 Vgr. des Kaufpreises die Bäume zu übernehmen. Inzwischen brach der Konterbäume aus. Die Arbeiter behaupten nun, daß die Hypothek dahin zu verfallen ist, daß sie sofort fällig ist, wenn die Käufer zur Verschleierung gelangen. Nur so und nicht anders sei das Novizium zu verstehen. Von der Gegenseite wird eingewandt, die Bäume für in erster Linie verfallen, weil das Novizium nicht eingehalten werden kann, in zweiter Linie müsse Wittmann mindestens drei Jahre Stellung haben, eher dürfe man kein Geld fordern. Der Entschluß folgt nächsten Sonntag.

Zwei Schiffsmisere passieren, wie unser Vinger-Korrespondent meldet. Samstag abend wieder im „Wasserloch“, der Schleppschiff „Vollstrecker 27“, welcher im Anzuge eines Un-

glückes vor dem Brücke zu stehen und vor allem die Wächterhäusern an dem Seilenswege und die Leuchtenturme zu schätzen, um die Sicherheit der Barge zu gewährleisten. Jedoch müssen die Wachen der Wachposten langsam fahren, damit durch die Luftbewegung das Feuer nicht mehr angefaßt wird. Da sich das Feuer an mehreren Stellen bis an die Bohrlinie erhebt, hat man zum Glück den Strome umlaufende Wassertrichter treffen müssen. Ein anderes Feuer, dessen Ursache man noch nicht kennt, ist im Tal von Anlauf in der Nähe von Domodossola ausgebrochen. Die Anstalten des Ortes wurde ein Opfer der Flammen, die auch die Maschinen vernichteten und so einen sehr großen Schaden anrichteten.

Ein französischer Streit um Heine. Der 60. Ansdtag Heinrich Heines, der in wenigen Tagen gefeiert wird, stellt die Welt mit vielgelesenen Worten wieder in das helle Licht des gegenwärtigen Tages und legt vielen die Frage vor, was man die Kunst dieses großen Lyrikers noch bedeute. Dabei wird man nicht übersehen dürfen, daß Heine nicht nur in der deutschen Weltgeschichte eine mächtige Rolle spielt, sondern, daß ihm auch in der französischen Literaturgeschichte ein Platz gebührt. Er hat selbst manche seiner Romane zuerst französisch geschrieben, hat während seines langen Pariser Aufenthaltes mit vielen französischen Dichtern und Schriftstellern in Verbindung gestanden, sein Einfluß ist in der französischen Literatur bis auf Verlaine und Ferdinand Grech zu verfolgen und an der Erfindung seines Wesens und seiner Kunst haben sich französische Dichter, wie Regard und Büchtemberger, rühmlich beteiligt. Unter allen den Dichtern, die damals in Frankreich die gleichen romantischen und realistischen Tendenzen verfolgten wie der Kunst Heines, war ihm vielleicht keiner näher verwandt als Charles Baudelaire. Wohl ist das Genie des deutschen Dichters größer und geläuteter als die Schwärze und tragische Natur des Dichters der „Blumen du mal“; Heines Kunst ist in eine leichtere Kunst, eine lustigere, ausgefallen tolle Stimmung getaucht. Aber in dem Welt, das er als Mensch zu erleben hatte, in der tiefen Schwermut ihrer Klagen sind die Brüder, und beide waren sie den

dünnen Wästen des Lebens verweilt, die den Menschen in Verweilung und quälender Lebenshaft hineingehen. Heber das Verhängnis dieser beiden Dichter zueinander wachte man nicht allmählich; Baudelaire hat, wie seine nachgelassenen Schriften beweisen, Entwürfe zu einem Aufsatz über Heine gemacht, aber seine tiefe Liebe zu diesem gleichgültigen Dichter wird und erst deutlich durch einen Brief bekannt, den seinen Jacques Gœtzel im „Al Was“ veröffentlicht. Er ist an den bekanntesten Kritiker der damaligen Zeit, den Baudelaire und Behrlicher der Poëse Jules Janin gewendet, der in der „Independance“ einen Artikel über Heine veröffentlicht hatte, der voller Beschäftigung und Mühseligkeiten war. Baudelaire verachtet sich voll Ingrimm gegen die Auffassung, daß Heine ein lahmsüchtiger und irrationeller Poet gewesen sei, er „dessen Künste selbst noch Hölle waren“ und der alles Leid der Welt bild auf die Höhe ausgelassen hatte; „was alle die Illuse von kleinen französischen Redelichtern antreibt“, schreibt er dem Kritiker, „die Sie mit der Poëse Heines, Byron und Chateaubriand vergleichen, so macht das den Eindruck, wie wenn man den jänselnden Ton einer Vicolostate mit einem mächtigen Orchester vergleicht. Nicht eine ist unter den Bemerkungen Heines, die Sie glücken, die nicht doch über allen den Schärferen und Spitzfertigen stünde, die Sie bewundern.“ Janin hatte es gesagt, es war richtig zu finden, daß der große Dichter kein oberflächliches Vergnügen erlangen habe. Baudelaire antwortet: „Ich bin neugierig, ob Sie wirklich dessen ganz sicher sind, daß ein „schönes Vergnügen“ ein Beweis für das Genie und die Unabdingbarkeit des Verdienstes ist. Ich glaube vielmehr im Gegenteil, daß meisten Schreier und Dummköpfe ein „schönes Vergnügen“ erlangen.“ „Verwüster Herr“, fährt er fort, „wenn ich Ihnen die volle Schale des Bieres, den Sie in mir durch Ihren perfiden Artikel entziffen haben, zu lösen geben wollten, dann müßte ich zum mindesten 50 Seiten schreiben, aber ich würde Ihnen dann beweisen, daß ganz im Gegensatz zu Ihrer Ansicht unter armen Frankreich heute (1865) nur sehr wenige Dichter hat und nicht einen einzigen, den es Henri Heine entgegenstellen könnte. Aber Sie

leben nicht die Wahrheit. Sie leben nicht die Gerechtigkeit, nicht die Schönheit eines Mannes und eines Weins; und all das ist erforderlich, um über einen Dichter ein Urteil zu fällen. Es ist so für, auf dem Apollon der „allgemeinen Meinung“ zu schlafen. Wissen Sie auch, daß Er zu leichtfertig von Worten spricht? Er hat Ihre Eigenschaften und Ihre Fehler: eine große Weltweisheit, Verschämtheit und Improvisationskunst, aber er hat auch das, was die Dichter macht: eine diabolische Persönlichkeit.“ So erhebt sich Baudelaire in jedem Satze als ein glühender Verehrer Heines und seine Worte verdienen auch heute noch gehört zu werden, wo immer noch ähnliche Urteile sich erheben.

Aus Hänschen Aufarbeit. Sextaner Hänschen hat für die deutsche Sprache einen Kuffay zu liefern, dessen Thema „Der Bauer“ lautet. Hänschen weiß darüber folgendes zu sagen: Der Bauer ist ein Mann und wohnt auf dem Lande. Dieses pflegt er und wirft Samen hinein. Der geht auf und dann wächst Roggen und Weiz und Weiz und Weizen, welchen ich sehr gern esse. Darum ist der Bauer ein sehr nützlicher Mensch. Wenn er einen Beutel hat, dann heißt er das Bauer und ist von Draht. Dieser Bauer hat auch einen Vogel. Der ist groß und kann fliegen. Darum heißt er Papagei. Wenn der Bauer fliegen will, dann macht er erst was auf Hand. Das nennt er Dünge. Unter Dünge ist die halbe Erde. Das kann man daraus keinen Nutzen haben. Der Bauer heißt auch Landmann, weil er nicht in der Stadt wohnt. Er hat ein sehr schönes Leben, denn er muß immer sehr früh aufstehen. Darum möchte ich kein Bauer sein, weil ich gern lange schlafte. Kleinen Jungen tut der Schlaf gut, westwegen die Schlafstunden sehr kurz und bloß nachmittags sein müßten. Manchmal ist Bauer auch ein Schimpfwerk, denn man sagt manchmal zu einem, du bist ein richtiger dumme Bauer. Aber das ist falsch, und er ist gar kein Bauer. Wir dürfen das in der Schule nicht sagen, weil es nicht schön ist und wir dann nachsehen müssen. Dann ist mein Papa sehr böse und sagt mit mir. Manchmal macht er auch noch was anderes, damit ich schlafen will.

Wald-Dampfer zu Berg kam, fuhr auf und erlitt Bedage. Erst nach schwerer Arbeit konnte der Kahn freigebracht werden. Nach den nötigen Dichtungarbeiten, die auf der Winger Rede vorgenommen wurden, konnte das Schiff die Weiterreise nach Mannheim antreten. Der Kahn hat 25 000 Zentner Städtgüter geladen. — Ebenso fuhr im Winger Loch heute früh ein im Anzuge des Wald-Dampfers „Johann Stupper V“, Homburg (Rhein) bergwärts kommender Schleppkahn der Vereinigten Reedereien, Frankfurt a. M. mit dem Vorderdeck auf einen Kessel und zog sich schwer Bedage zu. Der Kahn hat 30 000 Zentner Kohlen geladen für Mannheim. Das Schiff liegt unterhalb des Winger Loches fest, wobei jedoch für die Schifffahrt kein Hindernis.

Der erste händliche Mastenball im Rosenarten hat, wie wir erfahren, eine Bruttoerinnahme von ca. 17 500 M. ergeben. Der Nettogewinn beträgt nach ungefährender Schätzung ca. 9000 M. — Schön ist, daß es ein Geschäft!

**Badische Politik.**

Ch. Karlsruhe, 5. Febr. (Zum Tode Lauck.) Anlässlich des Ablebens des ersten Vizepräsidenten der zweiten habsburgischen Kammer, des Landgerichtsdirektors Lauck, sind bei der Witwe des Verstorbenen eine außerordentliche Fülle von Beileidskundgebungen eingelaufen, von denen hier nur folgende Kundgebung ein: „Es drängt mich, Ihnen mein tiefes Mitgefühl an dem unerwarteten Verlust Ihres verehrten Gemahls darzubringen. Ich nehme an diesem traurigen Ereignis, das für den Staatsdienst und für den Landtag recht tief empfunden wird.“

Die Frau Großherzogin sandte folgendes Telegramm: „Ich bitte Sie, den Ausdruck meiner aufrichtigsten Teilnahme empfangen zu wollen bei der schmerzlichen Prüfung, welche über Sie gekommen ist. Gott stärke Sie, Ihren großen Schmerz in Ergebung tragen zu können.“

Prinz Karl von Baden, Präsident der ersten Kammer, telegraphierte: „Namens der Ersten Kammer spreche ich das lebhafteste Bedauern über das Ableben Ihres Herrn Gemahls hiermit ergebenst aus.“

Weitere Telegramme liefen ein vom Staatsminister Fehren, von Dusch, vom Präsidenten der zweiten Kammer Dr. Wildens namens der Kammer, weiter ein Handschreiben vom Erzbischof Thomas.

Karlsruhe, 5. Febr. (Aus dem Wahlbezirk Bonndorf-Waldshut) wird der „Bad. Abztg.“ geschrieben: „Das Zentrum macht die größten Anstrengungen, um das fassierte Mandat im Landtagswahlkreis Bonndorf-Waldshut wieder zu erobern. Am Samstag und Sonntag fanden zahlreiche Wahlerversammlungen statt, zu denen die Kandidaten der Zentrumspartei sich eingefunden hatten. Die Bemerkungen u. a. den Verfasser des berühmten Karlsruher Wahlflugblatts Revisor Treille und den Zollreferenten Köhler, die beide schon am Freitag bezw. Donnerstag auf der Wahlhalle eintrafen und alsbald energisch in die Wahlplakation eintriften. Selbstverständlich sind auch die Liberalen nicht untätig und wir geben uns der zuverlässigen Hoffnung hin, daß es uns gelingen wird, dem allerbekanntesten Vertreter des Bezirks, Herrn Spartenverwalter Kriehle, zum Siege zu verhelfen.“

Karlsruhe, 5. Febr. (In einer Broschüre des Landgerichtsrats W. Kulemann (Bremen) über „Die Lage des Liberalismus“) die zu Dresden im Verlage von W. B. Böhmert erschienen ist, bespricht der Verfasser die Einigungsbestrebungen innerhalb der liberalen Parteien und stellt fest, daß hierin durch die jüngsten badischen Landtagswahlen ein Erfolg von der allergrößten Tragweite erzielt worden ist. Er schreibt:

Besteht doch der Hauptzweckpunkt der bisher eine Verständigung im Wege stand, welche die Liberalen zu der Sozialdemokratie einzunehmen haben, ob sie extra commercium erlösen und ein Wahlbündnis mit ihr grundsätzlich ablehnen, oder sich auf den, auch von mir vertretenen Standpunkt stellen sollen, daß sie freilich sich nicht ergeben und der Sozialdemokratie, so lange sie ihre Forderungen vorzieht, nicht nachlaufen, aber, sobald sie zu Verhandlungen gekommen und zu Verhandlungen auf dem Boden der Gleichberechtigung bereit sein wird, auch ihren doktrinarischen Säculen keinen Grund heilen sollen, bei der Bekämpfung der politischen, agrarischen, wirtschaftlichen und kulturellen Reaktionen ihre Bundesgenossenschaft abzulehnen. Auf diesen Boden haben sich die Liberalen in Baden gestellt, indem sie mit Nicht daran ausgingen, daß gegenüber dem Merkantilismus die Sozialdemokratie das geringere Uebel ist. In Süddeutschland, insbesondere in Baden, ist dieses Borgehen durchweg gebilligt. Und dieselbe Wirkung, wie bei den Liberalen, werden die badischen Vorgänge bei der Sozialdemokratie äußern. Auch sie werden einsehen, daß Gegenwartsarbeit wichtiger ist, als Zukunftspartisanen, u. daß das gemeinsame Ziel des Kulturfortschritts zwischen ihnen und den Liberalen doch eine nähere Verbindung schafft, als sie gegenüber den realistischen Parteien jemals denkbar ist.

**Badischer Landtag.**

2. Kammer. — 20. Sitzung.

Ch. Karlsruhe, 6. Febr. Präsident Dr. Wildens eröffnet 10 Uhr die Sitzung.

Am Regierungstisch Staatsminister Freiherr von Dusch, Minister des Innern Dr. Schenkler und Finanzminister Weder. Eingelassen eine Dankagung der Witwe des verstorbenen Vizepräsidenten Lauck für die Erhebung des Verstorbenen.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Allgemeinen Finanzdebatte, zu welcher als erster das Wort erhält

Abg. Wes (soz.):

Der Herr Minister hat gestern gesagt, daß bei den Debatten im Hause die Sozialdemokraten die lachenden Dritten seien. Allein wie man hier uns behandelt hat, das gibt uns keinen Anlaß zum Humor, sondern wir müssen bedauern, daß keine höhere Auffassung von der Tätigkeit der Sozialdemokratie in diesem Hause Platz gegriffen hat. Wir protestieren dagegen, und hier nicht als gleichberechtigte Partei anzusehen. Die Jede das allgemeine Wohl habe die Sozialdemokratie bezogen, da man einem großen Teil der Arbeiterschaft durch die Klauen im Wahlrecht das Wahlrecht entzogen habe. Die Geschäftsordnung des Hauses bedürfe einer gründlichen Revision, hierbei sollte darauf Bedacht genommen werden, allen Mitgliedern des Hauses ohne Unterschied Anwesenheitsgelder und freie Fahrt auf der Rheinbahn zu gewähren. Der Abg. Eichhorn habe mit der Meinung geäußert in der Partei da, daß die Sozialdemokraten auch ohne ein Bündnis mit den Liberalen gegen das Zentrum zusammen gehen könnten. Die offizielle Parteileitung und das eingesehene Ausschüsse habe dem Grundsatze gebilligt, daß die Unterzeichnung

der Parteien eine gegenseitige sein müsse und daß die Sozialdemokraten ebenso am Leben als am Nehmen beteiligt sein müßten. Die Volkspartei aus dem preussischen Herrenhause habe der Staatsminister als eine große Beleidigung; jedoch wir müssen uns als Volksextriter verbitten, daß uns der Reichsminister Vorwürfe mache über unsere Bindnisse bei den Wahlen. Wenn der Reichsminister andere Meinungen hätte hören wollen, so hätte er seine Rede im Reichstage halten sollen, so habe er sie hinter den Mauern des Herrenhauses gehalten, welches jeden Monat einmal zu etwas beschwerlicher Arbeit zusammentritt. Es sei nicht richtig, daß die Sozialdemokratie bezüglich der Präsidenschaft erklärt habe, sie werde sich den Vorschriften nicht fügen; die Sozialdemokratie habe lediglich erklärt, es sei bisher noch nicht Brauch gewesen, ein Mitglied des Hauses zu fragen, ob es sich den Verfassungsveränderungen fügen wolle. Wir haben erklärt, daß wir uns in taktvoller Weise mit den Vorschriften abzufinden wissen. Allerdings höflichem Brauch würden wir uns nur schwer fügen; wir würden und so ganz ungeschickt benehmen, wenn wir in eine Atmosphäre verlegt würden, in der wir nicht genötigt haben. Die Vorschriften der Geschäftsordnung seien auch in dieser Beziehung veraltet. Nicht nur in Hessen, wo der Großherzog mit dem Besonderen Reich konföderiert habe, sondern auch in Baden sei es schon vorgekommen, daß die Frau Großherzogin mit der Frau des derzeitigen sozialdemokratischen Parteichefs eine halbe Stunde gesprochen habe, die Frau Großherzogin habe das Bedürfnis gefühlt, auch einmal ein sozialdemokratisches Weib kennen zu lernen (Große Heiterkeit), und die Frau Großherzogin habe ihre vollste Befriedigung über diese Unterredung zum Schluß derselben ausgesprochen. Der Abg. Fehrenbach habe einen Unterschied zwischen dem Wahlbündnis in Bayern und dem in Baden gefunden; das sei aber richtig. Das Abkommen zwischen der Sozialdemokratie und den Liberalen sei ebenso ein grundsätzliches gewesen wie das minder offene und etwas verdeckte Bündnis der Sozialdemokratie mit dem Zentrum in Bayern. Wenn früher Zentrum und Sozialdemokraten in Baden zusammengingen, so sei für beide Parteien etwas heraus gekommen, wenn man das auch nicht schwarz auf weiß nach Hause trug. Der Abg. Fehrenbach habe auf den Kulturkampf hingewiesen und daß wir jetzt mit unseren Feinden zusammengingen, jedoch wir gingen mit diesen nur zusammen, weil wir glauben, daß aus dem Saule Nationalliberalismus ein Paulus geworden sei und wir werden die apostolische Mission dieses Paulus noch zu prüfen haben. (Heiterkeit.) Nun habe man wiederum die Sozialdemokratie als die Umsturzpartei bezeichnet, und der Minister des Innern sei fesselt gegangen, den katholischen Geistlichen zu sagen, wenn ihr Politik auf der Stange treiben wollt, so betet für die Erhaltung der badischen Ordnung, betet für die Monarchie, betet, daß der Umsturz nicht Platz greift. Gegen eine solche Verheißung unserer Partei müssen wir uns energisch demohren; die Grundsätze des Sozialismus und des Kommunismus im sozialistischen Sinne seien schon die Grundsätze des ersten Christentums gewesen. Der Sozialismus unserer Zeit vertritt im wesentlichen auf denselben Grundsätzen dem modernen Egoismus gegenüber, daß die kapitalistische Ordnung der Gesellschaft zum Monarchischen und politischen Recht der großen Masse ist. Umsturz der bestehenden Ordnung werfe man der Sozialdemokratie vor; haben denn die Sozialdemokraten die Krone der depossidierten Fürsten in Deutschland im vorigen Jahrhundert gekürzt? Derselbe Gott, zu dem Sie beten, er möge das Bestehende konvertieren, wolle darüber, daß das Alte stirbt und neues Leben aus den Ruinen blüht. In den 50 Jahren mußte von anderer Seite gebetet werden, daß der Herrliche Umsturz in Baden nicht die Herrschaft gewinne. Heute will man sich auf die Krone, die früher wegen des Umsturzes gegen die bestehende Staatsordnung verpfändet worden, damit sie gegen den Umsturz treuen. Und in Frankreich lehne sich die Kirche gegen die Staatsordnung auf und laue Verriaden, ohne daß die Sozialdemokratie Teil hätte an diesem Umsturz. Die Verfallensfreiheit der Arbeiterschaft in Baden sei schwer kompromittiert worden seit der letzten Tagung des Landtags; als der französische Sozialist Jaures zur Vorbereitung einer Friedensliga zwischen der deutschen und französischen Arbeiterschaft nach Deutschland zu kommen beabsichtigte, oder durch die preussische Regierung verhindert wurde, habe man auch die Sonstige Vereinbarung seitens der badischen Regierung verboten. Er erwidere eine Antwort vom Minister, was zwischen Berlin und Karlsruhe in dieser Beziehung geschehen sei, ob die badische Regierung selbständig vorgegangen sei, oder ob sie sich am Kaiserthum bedunden habe der preussischen Politik. Weder kommt dann auf die Vorgänge des 21. Januar 1903 zu sprechen, den Gedanken der russischen Revolution. In Niederlande des Liberalismus selbst müßte man es erleben, daß die Soldaten in den Kasernen konfiszieren und mit scharfen Patronen versehen wurden, und man müßte es erleben, daß in Heidelberg und besonders in Mannheim, der Polizeistadt hat exogen, die Versammlungen aufgelöst wurden ohne jeden rechtlichen Grund. Er erwarte Aufklärung darüber, inwiefern die unbilligen Maßnahmen von den Staatsbehörden veranlaßt wurden. Darf man nicht für das direkte Wahlrecht eintreten, ohne von Mitten und Säulen bedacht zu werden, dürfe man nicht ebenso ein laienhaftes Prinzip — er meine den Prinz Ludwig von Bayern — für das direkte Wahlrecht erklären? Im Zuge der Sozialdemokraten würden verboten, dagegen aber Professionen erlaubt, die immer mehr den Charakter von Demonstrationen annähmen. Als sich die Politischen darüber beschwert hätten, daß sie am 21. Januar um einen freien Sonntag gekommen seien, würden sie bestraft und unter die „Aberlun“ eingereiht. Redner kommt auf verschiedene Beschwerden bezüglich des Wahlrechtsverweises zu sprechen wie auf Wahlzettelungen gegenüber der Abhaltung von Arbeiterversammlungen, die noch später besprochen werden sollen. Wenn die sozialdemokratische Fraktion bisher gegen das Budget stimmte, so sei das geschehen, um ihre dissentierende Meinung zum Ausdruck zu bringen; wenn es einmal dahin kommen werde, daß von unseren Stimmen das Zustandekommen des Budgets abhängt, so habe das Haus denn auch ein anderes Gesicht aufzuweisen und das Budget würde eine andere Gestaltung annehmen, jedoch man dann wohl für das Budget stimmen könnte.

**Minister Dr. Schenkler:**

Der Abg. Fehrenbach habe gestern ausgesagt, daß der Minister des Innern seine frühere Unparteilichkeit zu Zeiten Brauers aufgegeben habe, als ein anderer Staatsminister an die Spitze trat. Der Abg. Fehrenbach habe wohl etwas zu sehr seine Phantasie spielen lassen; man wolle ihn allerdings bezüglich in einem Konflikt mit dem Staatsminister bringen. Wenn der Abg. Fehrenbach bezüglich der Wahlrechtseinteilung ihm in die Schuhe schiebe, er habe dies zu Ungunsten des Zentrums ausgesagt, so komme dieser Vorwurf zu spät; die Wahlrechtseinteilung sei vom ganzen Ministerium beraten und beschlossen worden. Man spreche immer von Wahlrechtseinteilung; aber er meine, man solle doch endlich einmal aufhören immer wieder solche Vorwürfe gegen ihn als einen ungerathenen Mann zu erheben. Auch der Vorwurf werde erhoben, daß die Regierung bei Befragung von allen möglichsten Ehrenstellen bis in die 1. Kammer hinaus eine Partei bevorzuge; es sei ja richtig, daß mehr nationalliberale Männer in dem Beirath, im Landesgesetzgeber, im Konventsbeirath u. s. w. seien, allein davon sei nicht die Regierung schuld, sondern die Schicksale der Bevölkerung, welche lieber gewählte Liberale in die Ehrenämter wählen. Was aber die Zusammenfassung der 1. Kammer angeht, so habe die Regierung nicht nach dem Lausfchein gefragt, sondern nach der Loyalität der zu wählenden Männer, und mit vollster Objektivität nach Recht und Gerechtigkeit dem Großherzog ihre Vorschläge gemacht. Auf Entscheidungen müßte er (der Minister) zurückweisen, wenn es an-

gedeutet werde, als ob unsere Verwaltung in Baden nicht gerecht vorgehe, sondern in Ansehung der Person; für die Regierung gebe es keine Liberalen und keine Zentrumsliberalen, auch omme die Religion, ob evangelisch oder katholisch, nicht inbetracht. (Wieder.) Einem Oberamtmann sei es ebenso wenig wie einem katholischen oder evangelischen Geistlichen verboten, in politischen Zeiten, und wenn sie auch sehr erregt sind, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Es sei wohl eine delikate Sache für einen Oberamtmann im Wahlkampf aufzutreten, da er alles vermeiden soll, um nicht etwas zu tun, was als Mißbrauch seiner amtlichen Autorität aufgefaßt oder gedeutet werden kann. Es seien aber die Amtsvorstände nicht weiter gegangen, als ihre amtliche Tätigkeit es zuließe; er (der Minister) habe nicht gelesen, daß die Amtsvorstände von Haus zu Haus mit dem Stimmzettel in der Hand gegangen seien; auch habe er nicht gesehen, daß die Amtmänner zu den Frauen der Wähler gingen (Heiterkeit), am allerwenigsten aber habe er gelesen, daß die Amtmänner irbliche Güte versprochen hätten, wenn so oder so gewählt würde. (Große Heiterkeit.) Der Minister kommt auf die einzelnen zwei Oberamtmannern zur Zeit gelegten „Versehlungen“ zu sprechen, die er auf ihre wirkliche Grundlage zurückführt. Nun werde behauptet, daß seitens des Ministers des Innern die Witscher-Lindiger, wenn sie gegen das Zentrum strichen, nicht genöthigt zurückschickte; auf die Amtsvorstände habe die Regierung keinen Einfluß in politischer Beziehung. Er würde ja sehr gern auch ein Zentrumsblatt zum Amtsvorständiger erheben, wenn er nicht besorgten müßte, daß es nur von einem Teile der Bevölkerung gelesen werde. In der Zentrumspresse sei immer zu lesen: „In jedes katholische Haus gehört auch eine katholische Zeitung“, daraus müßte man doch schließen, daß diese Zeitungen nur für Katholiken geschrieben würden. Solange also jene geschnappte Aufschrift nicht verschwinde, werde er niemals einem Zentrumsblatt die Amtsvorständigerwürde verleihen. Der Minister kommt dann auf die Artikel der „Karlsruh. Ztg.“ zu sprechen; das Bündnis in Baden habe er jedoch nicht eingiegnelt. (Heiterkeit.) Das Zentrum wolle fortgesetzt ihn, den Minister des Innern stürzen, aber Sie bringen mich nicht zur Strecke (Heiterkeit), ich bin weder ein Schwarzweiß noch ein Rotweiß (Große Heiterkeit), und ein Laie bin ich auch nicht (Große Heiterkeit); solange er das Vertrauen des Großherzogs besitze, werde er auf seinem Posten als Minister des Innern verharren. Wenn man die Sozialdemokratie betrachte als Interventionale, wenn man ihre Ziele und Bestrebungen sich vergegenwärtige, so würde wohl kein vernünftiger Mensch glauben, daß eine Regierung ein Bündnis mit der Sozialdemokratie unterhalte. Er sei durchaus dagegen gewesen, daß ein Sozialdemokrat in das Präsidium gewählt würde, der nicht auch die fernkömlichen Pflichten übernehmen wolle. Durdans ungeschickterweise wäre es freilich zu glauben, daß alle die sozialdemokratischen Wähler mit denselben Märceln behaftet sind wie die sozialdemokratische Partei. Die Sozialdemokratie habe eine Menge Märceln, die nur bei der Sozialdemokratie seien, weil diese am meisten verpöndet und die allerhöchste Kritik über. Jmar sagt man hier, daß die Sozialdemokratie den Umsturz nicht wolle, allein davon könne man kaum festen Glauben haben, wenn man vor allem sieht, wie von der Sozialdemokratie die Revolution ausgehaktet wird. (Zwischenruf der Sozialdemokraten.) Was die Regierung der Sozialdemokratie gegenüber zu tun hat, das ist Absicht der auf Umsturz der bestehenden Ordnung gerichteten Bestrebungen mit den durch das Gesetz gegebenen Mitteln. Solange er Minister des Innern sei, hätte er keine Veranlassung genommen, eine allgemeine Hebertachtung der sozialdemokratischen Volksversammlungen vorzunehmen. Im Jahre 1905 habe er nur 6, und im Jahre 1904 nur 4 Volksversammlungen überwachen lassen, kaum 4 oder 5 Versammlungen seien aufgeführt worden. Auf die Konstanzer und Mannheim'sche Versammlungen werde noch später zurückzukommen sein. Nur bezüglich der Konstanzer Versammlung habe er gegenüber dem Abg. Wes zu erwidert, daß Furcht oder Gewalt im Verkehre zwischen einer Bundesregierung und der Reichsregierung fremde Begriffe seien; freilich nehme man in diesem Verkehre seine eigenen Interessen wahr und nehme Rücksicht auf die Interessen der anderen Regierung. Furcht und Gewalt seien hingegen üblich bei den Streiks, welche die Sozialdemokratie inszeniere; und wenn man einmal die Sozialdemokratie betrachte und die Nebatante des ersten sozialdemokratischen Wärlers, so braucht man Furcht und Gewalt nicht bei den Regierungen zu haben. (Zeit gut! Wiederdruck bei den Sozialdemokraten.) Wegen der Frage der Tanagerlaubnisse habe die Regierung ja schon einen großen Schicksalstag in Aussicht gestellt bekommen; nur das eine müßte er heute sagen, hinaus werde bei der Tanagerlaubnis nicht vorgegangen, vielleicht hier und da etwas zu streng bezüglich des ersten Artikels der „Karlsruh. Ztg.“ hätte der Minister aus, daß dieser Artikel vom Redakteur der „Karlsruh. Ztg.“ geschrieben sei, trotz Befragen daß der Minister aber nicht erfahren können, was der Redakteur mit der Äußerung in diesem Artikel gemeint habe. (Lachen.) Der Artikel sei dann von ihm selbst (dem Minister) in einem zweiten Artikel der „Karlsruh. Ztg.“ berichtigt worden; und nach der Stichwahl habe die Regierung nachmals ihren Standpunkt dargelegt. Sie habe also das Bündnis bedauert, wie das der Reichsminister in seiner Herrenhausrede gethan habe. — Die bisherige Debatte sei keine Finanzdebatte sondern eine politische Debatte gewesen, gewissermaßen als eine Fortsetzung der erbitterten Wahlkämpfe. In diesen traten aber Egoisten das Menchen an, wie man sie bei idealgerichteten Naturen wie bei uns nicht erwohnt ist. (Heiterkeit.) Der „Wahlwischel“ sei als ein hauptsächlichspititales Mittel bei den Wahlen für das Zentrum benutzt worden, daß sei aber ein deutliches Zeichen dafür, daß der Wahlakt des Zentrums ein konfessionelles ist. Mit der Hoffnung, daß die Differenzen hinsichtlich der konfessionellen Frage in diesem Hause beseitigt werden möchten, schloß der Minister seine Ausführungen.

Präsident W. Wildens ruft den Abg. Schäfer nachträglich zur Ordnung wegen zweier Zwischenrufe.

**Abg. Schäfer (natl.)**

Alimand den Ausführcmann Wes's zu, daß die Geschäftsordnung dahin abgeändert werden möge, den in Karlsruhe wohnenden Abgeordneten gleichfalls Anwesenheitsgelder zuzumessen. Ueber die Abänderung der Geschäftsordnung sei vom Ober-Rep. Nat. Glöckner ein Werk erschienen, welches der Redner eine Verpöndung in einzelnen Fragen unterzieht. Von den alten Wünschen möge er hier besonders hervorheben die Durchführung der Revision des Wahlrechts, welche ein wichtiges Staatsinteresse darstelle. Seit Jahren habe man erlitten, daß die Lebenshaltung des Beamten stark hinausgetrieben worden sei. Der Arbeiter wie der Staat helfe sich bei diesen traurigen Zeiten, was soll aber der Beamte tun? Auch er könne nicht mehr mit den alten Mitteln auskommen, er trete mit Witten an die Regierung heran, jedoch verstände man immer wieder die Erfüllung dieser Witten. Er erwarte noch in dieser Debatte von der Regierung eine Erklärung, wie sie sich diesen Witten gegenüber verhalten möge. Wenn Abgeordnete in Interessenten-Versammlungen erschienen und wohlwollende Prüfung der vorgebrachten Wünsche zu sagten, so kommt das unmöglich als Stimmfang angesehen werden. Die Regierung führe Klage über die sich immer mehr häufenden Petitionen; es sei aber Aufgabe der Regierung, die hervortretenden Bedürfnisse zu prüfen auf ihre Dringlichkeit. Die Wünsche der Beamten sei durch die Regierung anerkannt worden durch Einstellung von Nebenstellen und Gehaltszulagen in das Budget; der alte Gehaltszins sei längst durch diese Einstellungen durchbrochen worden. Größere Sparmaßnahme sollte eintreten auf dem Gebiete unserer kantlichen Bankwesen; ein besonderer Kreditfahden sei hierbei der, daß der Staat viel zu langsam baue. Mit seien die Klagen über die Gegenstände der Parteien. Hier habe man sich auch über politische Dinge zu bralen und da es sei nur zu natürlich, daß auch die politischen Gegenstände der Parteien zum Ausdruck kämen. Aus wessen Schuld die Schicksale der Parteien

sch herstellte, habe er schon früher angedeutet; sie sei nicht um, sondern der Gegenstand zur Deckung zu legen. Der Parteikampf ist ein Uebel schlechthin, er ist aber ein Uebel, das nicht zu vermeiden ist, er ist die Voraussetzung des parlamentarischen Lebens. Allerdings müßte der Parteikampf geführt werden immer das Wohl des Landes im Auge behalten. Er finde es bedauerlich, daß beim Parteikampfe die Personen in den Vordergrund geschoben würden und den Parteien geradezu die Güter abgehandelt würden. Weiter aber finde er es auch bedauerlich, daß sich die gebildeten Personen vom Parteikampfe zurückgezogen haben auf den unrichtigen Standpunkt des bloßen Kritikers. Den Amtsvorständen könnte das Recht nicht verweigert werden, im politischen Wahlkampf ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen, solange sie eben ihre Amtsdauer nicht mißbrauchen, freilich die Beschäftigung mit der Politik habe ihre Rechte, die Politik sei eine Sache, welche die, so ihnen kommen, gerade zuzugute; allein was dem einen oder andern geschehe, habe niemanden abzuwenden von der politischen Tätigkeit. Wer sich mit der politischen Lage der Dinge in Baden beschäftigt hat, dürfte kaum übersehen, daß die Verhandlung der Dinge seit dem letzten Landtage. Die Politik des Zentrums seit 1886 sei eine in der Haupt- die reaktionäre gewesen, der Führer des Zentrums, der bis 1903 diesem Hause an der Spitze stand, er ist doch Kenner bis auf die Knochen (Ulrich im Zentrum). Und dieser Führer ist doch immer noch der geistige Vater des Zentrums in Baden; sein Begleitende aus diesem Hause ist doch wohl auch nur ein dialektisches Kunststück gewesen wie seine Reden; er wollte wohl auch hier nicht so klar sein. (Ulrich im Zentrum). Und dieser Führer habe ja auch die katholische Welt nicht nur politisch beherrscht, sondern auch die katholische Welt durch seine Reden und seine Tätigkeit angeleitet. Auch der Abgeordnete Feilerbach hatte früher zu dem gehört, welche die Politik Baden's beherrschen, und er (Feilerbach) habe es schmerzlich empfunden, als der Abgeordnete Feilerbach die Politik Baden's sich zuwenden. Wie haben es hier nicht mit dem Zentrum zu tun, wie es durch die Herren Feilerbach, Reimer und Gieseler repräsentiert wird, sondern mit dem Zentrum, wie es in Herrn Wacker verkörpert wird.

Wacker kommt dann auf den „Waldmichel“ zu sprechen, der sich als ein einfacher Baueremann gebe. Der „Waldmichel“ sei aber keine typische Figur, sondern ein Original. (Hellerkeit.) Am „Waldmichel“ erkenne man den Meister und seine Schule. Er sei nicht weiter als eine Bearbeitung der Artikel und Beschlüsse Wackers. Der Inhalt sei alt; nur die Form neu. Von dem Uebel des „Waldmichel“ wolle man eine Kirche im Wäldertal bauen. Man werde sie dann wohl nennen „Kirche zum heiligen Theodor“ (Ulrich im Zentrum). Die Abschüttelung des „Waldmichel“ könne er nicht anerkennen. Durch Verhöhnung der Tatsache, wie der Herr Staatsminister gefügt habe, werde auf jeder Seite die Unaufrichtigkeit gezeigt. (Sehr richtig beim Wack.) Die Minister und selbst der Großherzog würden als Wortbrecher bezeichnet. Das Recht sei ein Jovial in der Geschichte unseres Landes, ein Jovial an der Kultur, ein Jovial an der Person unseres Großherzogs. Man könne die Regierung beschuldigen, daß sie den Verfasser des „Waldmichel“, bevor sie ihn konnte, richtig eingeschätzt und als ungeeignet erkannt habe, im geistlichen Stande in Freiburg die heranwachsenden Theologen zu lehren und zu erziehen. Der „Waldmichel“ habe nur den bleibenden Wert, daß er über die wahren Ziele des Zentrums aufkläre. Dieser Aufklärung sei es zu verdanken, daß das Bündnis mit der Sozialdemokratie zustande kam, das ein Akt der politischen Notwendigkeit gewesen sei. Gätte man das Bündnis nicht geschlossen, so wäre das Zentrum in einer viel größeren Anzahl erstickten und auch die Sozialdemokraten noch stärker hier eingezogen, während der Liberalismus erdrückt worden wäre, und das habe man vermeiden wollen. (Beifall beim Wack.) Das Bündnis sei geschlossen worden in der vollen Ueberzeugung der eigenen Verantwortung. Es sei gar nicht zu verschweigen, daß auch von unseren Leuten Kritik geübt worden sei, an unseren Abkommen. Der Herr Abg. Basser mann habe sich über das Abkommen recht unfreundlich geäußert. In einer Rede außerhalb Baden's. Er habe dabei eine durchaus schlechte Auffassung an den Tag gelegt. Er habe geäußert, daß es sich hier um ein protestantisches Abkommen handele. Davon sei keine Rede. Infolge des Abkommens mit der Sozialdemokratie habe sich die Gesamtrichtung der nationalliberalen Partei durchaus nicht geändert. Was die Herren Hansrede Wlows anbelangt, so können wir uns unmöglichweise aus Berlin, und wenn auch nach den so hohen Seiten, Annahmen geben lassen, bezüglich unserer wahlpolitischen Verhältnisse. Auch wir sind entschlossen, wie der Reichstagsleiter, antimoralischen Behauptungen entgegen zu treten. Was in Preußen und Sachsen während auf die politische Lage wirken würde, ist eine freischützliche Aufgeblähtheit des Wahlrechts. Man kann die Sozialdemokratie nicht als Partei in politischer Beziehung betrachten. Die Hauptüber, welche die Nationalliberalen hier trieben, sei die Förderung des Schulwesens und die Bildung des bürgerlichen Volkes. Auf die Präzedenzfälle kommend erklärte Reimer, daß ein Kandidat keine bindende Grundzüge aufstellen könne, für die kommenden Landtage. Aber er wisse auch gar nicht, was für bindende Erklärungen; der Wack habe sich als eine einseitige Verbindung in den Landtag eingeführt und hatte seiner wirtschaftlichen Stärke nach wohl das Recht, den Präsidentenposten zu belegen. Die Sozialdemokraten haben ihrer Stärke nach gleichfalls einen Anspruch auf den 2. Vizepräsidentenposten. (Beifall bei den Liberalen.)

Die Sitzung wird um 1/2 Uhr geschlossen. Angemeldet sind noch 14 Redner. Nächste Sitzung Donnerstag, 8. Febr., Vormittags 9 Uhr: Wahl des 1. Vizepräsidenten. Fortsetzung der allgemeinen Finanzdebatte.

**Letzte Nachrichten und Telegramme.**

- Landau (Blatt), 6. Februar. In der Nacht auf heute wurde die Kaiserliche Kaserne durch einen Brand zerstört. Der Schaden wird auf 100,000 Mark geschätzt.
- Kaiserstaatsrat, 6. Febr. Das Reichsamt für die Angelegenheiten der Rheinlande hat heute die Kandidatur des Wackers zum Reichstagsabgeordneten im Wahlbezirk bestätigt.
- München, 6. Febr. Die Kammer der Reichsräte genehmigte heute den Ministerpräsidentenpräsidenten von der Kammer der Abgeordneten abgelehnt. Die Kammer hat die Kandidatur des Wackers zum Reichstagsabgeordneten im Wahlbezirk bestätigt.
- London, 6. Febr. Die „Times“ schreiben aus Tokio: In der Induskommission des Reichsamt für die Angelegenheiten der Rheinlande hat heute die Kandidatur des Wackers zum Reichstagsabgeordneten im Wahlbezirk bestätigt.
- Madrid, 6. Febr. Die Kammer der Reichsräte genehmigte heute den Ministerpräsidentenpräsidenten von der Kammer der Abgeordneten abgelehnt. Die Kammer hat die Kandidatur des Wackers zum Reichstagsabgeordneten im Wahlbezirk bestätigt.
- Rom, 6. Febr. Die Kammer der Reichsräte genehmigte heute den Ministerpräsidentenpräsidenten von der Kammer der Abgeordneten abgelehnt. Die Kammer hat die Kandidatur des Wackers zum Reichstagsabgeordneten im Wahlbezirk bestätigt.

**Die ungarische Krise.**

Die Beschäftigung des Reichstagsabgeordneten hat in der Presse sehr große Aufmerksamkeit und der Reaktion nicht glänzende Unterstützung gefunden. Es zeigt sich eine tiefe Enttäuschung, welche die Wiedereröffnung der Reichstagsabgeordneten auf Grund der Reichstagsabgeordneten zeigt.

**Die Revolution in Rußland.**

Petersburg, 6. Febr. (Recherch. Tel. Ag.) Der Gouverneur von Kurland, Starostski, ist durch einen vom 5. Februar datierten Befehl entlassen worden.

Petersburg, 6. Febr. Die Petersb. Tel. Ag. ist ermächtigt worden, die Blättermeldung, nach der der frühere Generalgouverneur von Kurland, Starostski, im Reichstagsrat erklärt haben soll, die Schuld an dem russischen Aufstand treffe die Zentralregierung, zu bekräftigen und zu erklären, der frühere Generalgouverneur Starostski habe weniger als irgend sonst das Recht, eine solche Behauptung aufzustellen.

Helsingfors, 6. Febr. General Langhoff ist zum Minister und Staatssekretär für Finnland ernannt worden.

Petersburg, 6. Februar. Als zweites Mal kann gesagt werden, daß die Wahlen zur Reichsduma auf den 7. April, die erste Sitzung derselben auf den 24. April festgesetzt sind. — 43 Deputierte, die gestern von der Polizei gefangen wurden, sind heute wieder gelassen worden. Der Minister des Innern Turanow erklärte eine bei ihm erhaltene Meldung der Dendere-Deputierten, ihren Verhaftung zu empfehlen, daß sie keine bedeutende Kandidaturen loslösen könnten, sondern nur kleine Personen anbetreffend, so legte er ihnen keine Beschränkung auf.

**Die Marokkokonferenz.**

Algier, 6. Febr. Die ersten Unterredungen zwischen den Delegierten dauern fort. Man bemerkt, daß das Spezialschiff, das den Dienst zwischen Algier und Gibraltar der deutschen Delegierten versieht, gestern zahlreiche Hin- und Hinfahrten machte. Die Unterredungen mit den Delegierten zeigen, daß man sich vor übertriebenem Optimismus hüten muß. Die Frage der Polizei ist offenbar nur leicht gestreift worden und völlige Disposition ist eine von allen befolgten Punkte. In der Delegation mit Eifer und wichtigen Schritten eine Lösung dieser schwierigen Frage vorbereiten. Das Reaktionskomitee setzte die Ausarbeitung des Projekts zur Erzielung besserer Ergebnisse aus den marokkanischen Steuern und zur Schaffung neuer Einnahmequellen fort. Man versichert, die Sache der deutschen Regierung werde eine sehr beträchtliche Summe zugute kommen, wenn es durch Einführung eines Zolltarifs geregelt werden kann. Die Marokkaner zeigen sich entschieden unzufrieden, da die Konferenz ihre Vorschläge gänzlich ablehnte.

**Deutscher Reichstag.**

Berlin, 6. Februar. Am Bundesrathliche Staatssekretär Graf Rajadowski, Handelsminister Delb. u. Kommissar, Präsident Graf Vallen-Heim eröffnet die Sitzung 12 1/2 Uhr.

In einer sozialdemokratischen Interpellation betr. den Unfallfall auf der B. H. Vorstadt in Dortmund erklärte Graf Rajadowski: Der Reichstagsleiter lehne die Verantwortung ab, weil es sich um ein Verbrechen der strafrechtlichen Verjährung und preußische Ausführungsbefugnisse handele.

Singer (Soz.) beantragt trotzdem die Besprechung der Interpellation.

Abgleich die anwesenden Sozialdemokraten, Zentrumsmittglieder und Freisinnige für den Antrag stimmen, genügt die Unterföhrung nicht, da es nicht 3 Abgeordnete sind.

Es folgt die Fortsetzung der Beratung des Etats des Reichs-amts des Innern.

Abg. Graf Ranig (kons.) führt aus: Bei der Landwirtschaft verschlingen die sozialpolitischen Gesetze beinahe die Hälfte der Einkünfte. Von einer mangelnden Opferwilligkeit der besitzenden Klassen, wenigstens soweit die Landwirtschaft in Betracht kommt, kann deshalb nicht die Rede sein. Die Landwirtschaft hat auch vom großen Wirtschaftsaufschwung der letzten Jahre absolut nichts gespürt. Sie hat im Gegenteil einen Rückgang zu verzeichnen. Er glaube überhaupt an keine Verbesserung der Sozialdemokratie. Die Arbeiterversicherung habe infolge demokratischer gewirkt, als mancher Arbeiter bei Erkrankung eher die Krankheit in die Länge zieht, als sich bemüht, wieder arbeitsfähig zu werden. Unsere ganze neue Wirtschaft und Handelspolitik habe auf Kosten der mittleren und kleineren Gewerbe und auf Kosten der Landwirtschaft hauptsächlich zum Nachteil der Sozialdemokratie beigetragen. Anstatt aber an eine Vereinfachung und Verbilligung der bestehenden Organisationen zu denken, erwidere das Reichsamt des Innern alle möglichen neuen Versicherungsprojekte. Woher sollen die riesigen Summen für die Witwen- und Waisenversicherung genommen werden? Wie soll unsere Industrie bestehen in dem Konkurrenzkampf gegen Amerika und Frankreich, wo die Arbeiterversicherung die Arbeitgeber weniger belastet? Die bebauernsmerten niedrigen Löhne der Heimarbeiter hängen zusammen mit dem Zustromen der ländlichen Bevölkerung nach den größeren Städten, wo sie das Angebot überwiegen und die Löhne herabdrücken.

Dr. Vachnise (freif. Vereinigung) führt aus: Graf Ranig verwechselte Sozialdemokratie und Arbeiterschaft. Man müsse dem Arbeiter das faktische Koalitionsrecht geben. Mit unorganisierten Arbeitern verhandelt es sich viel schwerer als mit organisierten. Den Berufsvereinen fehlt das Recht, Grundeigentum zu erwerben und Hypotheken eintragen zu lassen.

Berlin, 6. Febr., 3 Uhr. (Telegramme der „Süddeutschen Telegrammzeitung“.) Die Steuerkommission des Reichstags legte heute die Beratung der Zigarettensteuer fest. 300.000 Mark (natl.) beantragte eine Erhöhung der Doppelsteuer feingehackten Tabaks auf 800 Mark, für Zigaretten 2000 Mark. Ferner eine Steuer auf für im Inlande fabrizierte Zigaretten pro Mille auf den Kleinverkaufspreis, und zwar bis 10 Mark von 1 Mark, bis 20 Mark von 2 Mark, bis 30 Mark pro Mille von 3 Mark, bis 40 Mark von 4 Mark. Bei höheren Preisen 12 Mark pro Mille. Wladimir beantragte er namens der Nationalliberalen für Zigarettenkonkurrenz bei einem Verkaufspreis bis 3 Mark: 20 Pfg.; bis 5 Mark: 30 Pfg.; bis 8 Mark: 40 Pfg. pro Mille. Die Sozialdemokraten beantragten Zurückweisung der Beratung, weil der Antrag eine günstige Umgestaltung der Steuerprinzipien herbeiführe, daher erst vom Kammerrat werden müsse. Der Antrag wird von den Sozialdemokraten und Freisinnigen nachdrücklich bekämpft. Von der Rechten und dem Zentrum wird der natl. Antrag bedingungsweise verteidigt. Die Regierung nimmt eine abwartende und zweifelhafte Stellung ein. Ein Veräußerungsantrag Wiener (Freif.) die Beratung auszuschieben bis zur Erledigung der anderen Steuerentwürfe, wird abgelehnt. Ebenso der sozialdemokratische Antrag. Auch der Antrag 1 der Regierungsvorlage (Bayerischer) wird einstimmig verworfen. Wegen (siehe also Weiterberatung des Antrags Held hat, für den zum Teil eine Majorität vorhanden zu sein scheint. („Südd. Tel.“, 6. Febr.).

**Theater, Kunst und Wissenschaft.**

VII. Konzert des Badvereins in Heidelberg. Das gestrige Abendkonzert des Badvereins bildete in gewissem Sinne eine Fortsetzung des vorjährigen Max-Sieger-Konzerts. Ähnliche, mit Ausnahme der Schlußnummer, waren Kompositionen Stegers. Den Reigen eröffnete die seit ihrer Aufführung in der musikalischen Gesellschaft in Offen (unter J. H. H. Rolle Leitung) viel umstrittenen Sinfonie. Selten sind wohl über den musikalischen Wert eines Werkes die Meinungen so sehr auseinandergegangen wie über dieses Stück des Heiligen.

Kompositionen. Eine Reihe Kompositionen haben das bereits angesehene Werk wieder als ein Programm wegen dessen unerschütterlicher Schwere und sehr gebieterischen Erfolges. Daß es möglich ist, das Werk aufzuführen, diesen Beweis hat gestern der Heidelberger Badverein und sein allzeit tüchtiger Leiter, Herr Professor Walff, zu erweisen.

In seiner Einleitung stellt sich Steger im Gegensatz zu R. Strauß, der markantesten Erscheinung unter den lebenden Komponisten, auf den Boden der absoluten Musik, indem er die Anknüpfung an ein bestimmtes Programm verabschlägt. Seine Linie ist doch doch doch, Schumann-Prosa, die er allerdings in seinem ersten Orchesteropus an die Spitze der Harmonien, und freier Richtung der Orchesterfarben bei weitem überdies. An Wagner erinnert er in der ausgeprägten Anwendung der Harmonik, die man als eine Erweiterung der Tristan-Orchesters bescheiden möchte. Von den vier Sätzen interessieren am meisten der erste und dritte, in denen Stegers Kunst sich relativ am besten zeigt. Der erste Satz, Allegro moderato, ist ein Muster eines kunstvollsten, aufbauenden auf der Sonatenform und dokumentiert Stegers Gestaltungskraft und hohen Schöpfungsvermögen am glänzendsten. Dem Dore werden freilich auch hier die ungewohnten Harmonien folgen gemindert. Doch darf nicht vergessen werden, daß die allmählich sich entwickelnde Apogäumshöhe des Orchesters durch den Erfolg der Wagner'schen Kunstwerke bewiesen ist. Der am leichtesten sich erschließende Teil ist aber der dritte, Das Allegretto in F-Moll, das schon in der Instrumentation wirksame Kontraste der Holzbläser und des Streichorchesters, vorwiegend der Chöre, Flöte, der Klarinetten und der Hörner aufweist und darüber sehr himmelstrebend ist. An Nach gemahnt der plötzliche Rückzug-Schlag. Der zweite und vierte Satz zeigen Stegers Profil von der Instrumentation. Keines im ersten noch die hübsche Triosinfonie, so fällt der Schlußsatz, der zudem eine Aurgattung der Themen aufweist, einfließen ab. Herr Professor Walff hat das Werk vortrefflich vorbereitet, und so fand dieses unter des Komponisten Leitung eine außerordentlich glückliche, kammerliche war nach dem dritten Satz der Beifall ein warmer und andauernder.

Leichter als in seiner Sinfonietta erschließt sich Steger in seiner „Liedern“. Unter den Liedern und Gesängen, und namentlich unter den „Schönen Weisen“ op. 70, besonders die „Wahre Verlehn“. Ich nenne hier namentlich das Volkslied „Wenn Welt es hält gemollt“, das in ungemein empfindlicher „Sag es nicht“, das feinfühligere „Rosenpöcher“ mit der sonnenblenden Besetzung. Die gelben zum Beispiel von „Schönen Weisen“ sind fast alle dem 2. Diste der unter diesem Titel erschienenen sechs Diste entnommen. Besonderen Anklang fanden „Schmelzschäden“, „Die Mutter spricht“, in welchem Heer in der Wiener-Gesellschaft ein Stück aus Mendelssohns „Requiem“ sehr oeffentlich und glücklich bewendet, das endlich kommt „Wenn die Kränze nicht mehr da“, und das humorvolle „Hand und Bein“, Kränze Clara Raun, die bewährte Interpretin Megecker'scher Lieder, bewies in der Wiedergabe des Liedes ihre hohe und tiefempfindliche Vortragskraft, die nur bisweilen durch Unbehilflichkeit des Textwortes etwas getrübt wurde. Herr Steger besaß keine Kompositionen in feinsinniger und echt poetischer Weise am Hügel.

Die Vorträge wurden durch den Vortrag der Orgel-Sonate op. 60 in D-Moll unterbrochen, in welchem Herr Karl Straube aus Leipzig aufs neue seine hohe Meisterschaft als Organist bewährte.

Der Beifall des Programms bildete Lissa's „Sommerschloß“. Die Anwesenheit hieran machte Hoff aus dem berühmten Mannbach'schen Wandgemälde im Treppenhause des neuen Hoftheaters in Berlin, das an die bekannte Szene anknüpft, nach welcher die Geliebten der ersten beiden Söhne und Kömer einst nach ihrer wilden Verheiratung vor den Thoren der ständigen Stadt gesammelt haben. Das Bildliche Werk, welches auch insofern musikalisch interessantes Interesse hat, als es das erste Mal war, daß den Komponisten nicht von einem Werke der bildenden Kunst seine Inspiration empfing, ist von besonderer Instrumentation und von seltener Prägung der Themenbildung. Das Christentum findet darin in einer grandiosen von den Passionen inspirierten Choralweise „Trau' dich nicht“ seinen musikalischen Ausdruck. Ähnlich bemächtigt sich die Orchester dieses Motives und bildet einen wirksamen Kontrast zu den wilden Schreien der Söhne. Herr Professor Walff um verhalf mit dem durch die Bläser der Kontrabass-Bassklarinette und andere Instrumenten verstärkt. Die überaus glänzende Wiedergabe des Werkes zu einer grandios glänzenden Föhrung. „Lied.“

Sam. Theater. Kl. Anna Leh und Herr Max Traun haben vergangener Sonntag am Heidelberger Stadttheater in den „Hedermann“ aufgeführt. Die vortönen Mitter presen sich über das Mannheimer Künstlerpaar sehr lobend aus. So schreibt die „L.“: „Herr Leh sang die Rollen und beherrschte den guten Eindruck, den wir von ihrem ersten Auftreten als Gast im Heidelberger Hoftheater hatten. Er ist als Kavalier in gelandeter und schauspielerischer Hinsicht eine glänzende Leistung. In seiner Weise wählte sie bei aller Sicherheit des Auftretens und Unbekanntheit an die sie ungewohnte Situation doch die normale Deme zu machen, die in die zweifelhafte Gesellschaft des Weizens Orloff nicht hineinpaßt. Ihre Stimme, die namentlich in der Mittelstimm: von großem Wohlklang ist, erzielte in dem Wackas einen lebhaften Applaus. Herr Traun, der den Gesangsleiter gab, bewies einen Tenor von edelstimmigem Klang, dessen Habes, selbst antrübendes nicht bloß die Frau von Eisenstein, sondern auch das Publikum entzückte.“

Schulbuchkritik. In Strasbourg ist der o. Professor der evangelischen Theologie, Dr. J. G. Schmid, zum Rektor der Universität ernannt worden. — In Prag ist der Professor der Geologie an der dortigen k. k. Universität, Dr. J. Goldschmidt, 77 Jahre alt, verstorben.

Die Alexander Reiter-Gesellschaft Autographensammlung in Berlin wurde in ihrem zweiten Teil am Montag durch die Buchhandlung von J. H. Starckardt verlegt. Ein großer Preis von Hunderttausend Mark, Geschenken und Autographensammlern hätte sich eingefunden. Bekannter Charakter nahm diese interessante Aktion erst mit der Versteigerung der Briefe Lessings an. Hier wurden für einzelne bemerkenswerte Briefe Preise von 1000, 1500 und 1900 M. erzielt. Großen Interesse erregten auch die Versteigerungen Eduard Wille's. Zum Schluß der Versteigerung wurden Briefe Schiller's und des Schiller's Preises verlegt. Im ganzen trugen diese Briefe ungefähre 15.000 M. ein. Fast alle wurden für den Schwäbischen Schillerverein erworben.

„Menschenrechte“, ein Drama von Hermann Strauß, das einen russischen Stoff behandelt, fand bei seiner Aufführung in Halberstadt großen Erfolg.

Das jüngste Drama Arthur W. Miners „Die Heule in Orber“, das im Londoner St. James-Theater seine Aufführung erlebte, hat einen sehr großen Erfolg bei Publikum und Presse zu verzeichnen.

**Geschäftliches.**

Wir empfehlen hiermit auf das Spezialblatt eben Ranges in Damen-Confection von Kurt Lehmann, M. 1, 1, Preisliste. Die Eröffnung findet Sonntag nachmittags 3 Uhr statt.

Verantwortlich für Politik: L. G. Frey Rader. Für Kunst, Gelehrten und Vermittlung: Frey Rader, für Lokale, Verbindungen u. Geschäftsleitung: Richard Schönbauer für Volkswirtschaft und den übrigen redaktionellen Teil: Kurt Hefel für den Inseratenteil und Geschäftliches: Franz Kircher. Druck und Verlag der Dr. G. Großhans Buchdruckerei, M. u. L. G. 1. Wiestler, Mannheim.

Volkswirtschaft.

Verband bayerischer Leinwandfabriken. Nach der Südd. Zeitung und Bayerischer Zeitung wurde am 4. Februar in München ein Verband bayerischer Leinwandfabriken, eingetragener Verein mit dem Sitz in Regensburg, begründet, dem die hervorragendsten bayerischen Leinwandfabriken dieser Branche sämtlich beigetreten sind.

Kaufmännische Vereinigung. Die Vereinigung besitzt eine außerordentliche Generalversammlung, in der Beschluß gefaßt werden soll über Erhöhung des Grundkapitals um 50 000 M. und Begabung derselben gegen Aktien der Vereinigten Runkelmühlen Manufaktur. Kraemer-Rosch Aktiengesellschaft, unter Ausschluß des Bezugsrechts der bisherigen Aktionäre.

Das Maschinenwerk Schütz-Knaack, K.O. in Essen a. d. R., schlägt 7 1/2 Proz. (i. B. 6 Proz.) Dividende vor.

Der Essener Bergbauverein „König Wilhelm“ in Sersdorf schlägt für 1905 12 Proz. (wie i. B.) Dividende für die konvertierten und Stammaktien und 17 Proz. (wie i. B.) für die Vorzugsaktien vor.

Die Aifelder Aktienbank hatte im Jahre 1905 M. 88 918 (M. 40 748) Reingewinn, darunter allein M. 48 853 (i. B. M. 21 787) auf Effektenkonto. Es werden M. 20 000 in Extrazinsen gefaßt und 6 1/2 Proz. (wie i. B.) Dividende vorgeschlagen.

Die Kaiser Bank bringt die Verteilung einer Dividende von 6 Proz. gegen 5 Proz. im Vorjahre, sowie die Erhöhung des Aktienkapitals von M. 500 000 auf M. 600 000 in Vorschlag.

Der Aufsichtsrat der Kammerweberei zu Leipzig beschloß, der Generalversammlung vorzuschlagen, von dem M. 374 288 bezogenen Reingewinn eine Dividende von 10 Proz. auszusprechen.

Sächsische Bodenkreditbank in Dresden. Der Generalversammlung wird die Verteilung einer Dividende von 7 Proz. (wie im Vorj.) vorgeschlagen. Der Reingewinn beläuft sich auf M. 1 008 741 M. (i. B. M. 908 410).

Seifenfabrik Erdmühle, Breslau. Die Gesellschaft schlägt für 1905 12 Proz. (i. B. 9 Proz.) Dividende und die Erhöhung des Grundkapitals um M. 1 Million auf M. 4 Millionen vor.

Große Berliner Straßenbahn. Die Dividende wird nach dem „S. V. C.“ voraussichtlich 7 1/2 Prozent (i. B. 7 1/2 Prozent) betragen.

Leipziger Vereinsbank, Leipzig-Magwig. Für 1905 erzielt sich ein Reingewinn von M. 97 659 (i. B. M. 98 888), wovon 7 Prozent (6 Prozent) Dividende auf das Aktienkapital von M. 1 Million verteilt werden.

Westfälischer Feuer- und Lebensversicherungs-Verein. In 1905 waren M. 6108,01 Millionen (i. B. M. 6098,14 Mill.) Versicherungen in Kraft. Die Prämienannahme betrug M. 20,28 Mill. (M. 19,00 Mill.), der Nebenertrag M. 15,24 Mill. (M. 14,46 Mill.), sodas die Versicherer 75 Proz. (73 Proz.) der eingezahlten Prämie zurückerhalten.

Kohlenmarkt. Die Marktlage in Hoßen, Koks und Briquets ist andauernd fest.

Verband deutscher Granitsteine. Am 22. Januar trafen in Kassel eine größere Anzahl Anbeter deutscher Granitsteine zusammen, um sich zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen zusammenzuschließen. Die konstituierende Versammlung soll demnächst in Leipzig stattfinden.

Preissteigerung für Weizen. Die Verteuerung der Rohmaterialien hat nach der „Deutschen Wirtmacher-Ztg.“ die schweizerischen Fabrikanten von Leinwand zu Vereinigungen veranlaßt, die die in den letzten Jahren sehr herabgegangenen Weizenpreise wieder heben sollen. Nebenliche Vereinbarungen sind von den deutschen Großfabrikanten zu berichten. Auch die Preise der Weizen, Weizenmehl, Weizen und anderer Getreidearten sind gestiegen. Die deutschen Wirtmacher haben deshalb bereits entsprechende Preis-erhöhungen vorgenommen.

Der Rückgang der deutsch-amerikanischen Getreidefrachten. Wie gestern gemeldet, ist ein scharfer Rückgang in den Getreidefrachten New-York-Hamburg und New-York-Bremen eingetreten. Die Rate New-York-Hamburg, die im Laufe des Jahres 1905 mit 70 Pf. pro 100 B. ihren Höchststand erreicht hatte und dann allmählich auf 60 Pf. zurückgegangen war, ist plötzlich auf 45 Pf., also um 25 Proz. gesunken. Auf dasselbe Niveau ist die Rate New-York-Bremen jetzt zurückgegangen, die im Jahre 1905 gleichfalls bis auf 70 Pf. gestiegen war, aber in den letzten Wochen einen allmählichen Rückgang bis auf 50 Pf. erfahren hatte. Als Grund für diesen Sturz der Frachttarife dürfte zum Teil in Betracht kommen, daß die Verschiffung der amerikanischen Getreideernte nunmehr ihrem Ende zuneigt. Viel wichtiger jedoch ist der Umstand, daß in jenseitigen Wochen die Ernte des neuen deutschen Weizen in Ansehung kommen und daß infolgedessen die stark verbesserte Versorgung Deutschlands mit amerikanischem Getreide allmählich ihr Ende erreicht. Die Frachttarife New-York-Hamburg und New-York-Bremen sind übrigens mit 45 Pf. noch immer beträchtlich über dem Niveau, das sie zurzeit der stärksten Depression in 1905 einnahmen. Demnach wurde die Rate New-York-Hamburg mit 27 Pf. und die Rate New-York-Bremen mit 25 Pf. notiert, während die Rate New-York-Liverpool vorübergehend 1/2 d. betrug.

Einfuhr spanischer Weine. Man schreibt uns: Eine große Anzahl spanischer Weinhandlungen bemüht zur Zeit die Konjunktur, wegen einer eventuellen Zollherabsetzung, die am 1. März 1906 in Kraft treten soll, die Herren Käufer zu größeren Abzügen zu animieren. Eine Zollherabsetzung für spanische Weine tritt jedoch an diesem Zeitpunkt nicht in Kraft. Die gegenseitigen Handelsverträge Deutschlands mit Spanien schließen eine Zollherabsetzung für spanische Weine vollkommen aus.

Telegramme. Wien, 6. Februar. Das Reichsamt der Oesterreichisch-Ungarischen Bank für das Jahr 1905 gefaßt die Verteilung einer Jahresdividende von 7,0 Prozent.

Mannheimer Effektenbörse

vom 6. Februar. (Offizieller Bericht)

Die Börse verlief in fester Haltung. Geschäft wurden: Badische Bank-Aktien zu 131,50 pSt., Bab. Brauerei-Aktien zu 121,50 pSt., Bab. Rhd. und Lebensversicherungs-Aktien zu 405 Mark, pro Stück, Bab. Versicherung-Aktien zu 1260 Mark (1280 B.), Postland Zementwerke, Heidelberg zu 134 pSt. und Freiburger Zementwerke-Aktien zu 165 pSt. Mannheimer Summi- und Maschinenfabrik-Aktien stiegen zu 122 pSt. um.

Table with columns: Aktien, Brief, Geld, and various stock names like Babische Bank, Rhein. Bank, etc.

Frankfurter Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.)

Frankfurt, 6. Febr. Fondsbörse. Die Markt-Vorbereitung in Wien, welche auf die Schwierigkeiten der Lösung der ungarischen Krise zurückzuführen ist, machte vorübergehend auf österreichische Werte bei Eröffnung Eindruck. Der Geschäftsvorlauf war ruhig und die Tendenz im allgemeinen ziemlich fest. Bankaktien konnten den Kursstand zum größten Teil behaupten. Bahnen ruhig, Lombarden fest auf den günstigen Ausweis und Käufe für Wiener Rechnung. Montanwerte fest auf die günstige Lage des deutschen Kohlen- und Eisenmarktes. Der Bericht des Essener Kohlenmarktes machte guten Eindruck. Inzwischen fehlte es an Anregung, auf diesem Gebiete lebhaftere Tätigkeit zu entwickeln. Selbst die günstigen Berichte aus Algerien über die Marokko-Konferenz blieben ohne Einfluß. Inländische Fonds behauptet. Die zunehmende Erleichterung des Geldmarktes machte sich auf dem Industriemarkte geltend. Elektrische Werte fest. Chemische Aktien schwächer. Schiffbauaktien schwächer infolge Milderung der Schiffsbestellungen. In ausländischen Fonds ist wenig Veränderung zu melden. Russen besser bezahlt, Japaner abgekauft. Im weiteren Verlaufe war das Geschäft sehr still, Kurse behauptet. An der Rückbörse zeigte sich weiter ruhige Haltung, belebter Lombarden. Es notierten Kredit 212, Diskonto 190,30, Lombarden 25,50-70.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Compagnie.

Table with columns: Reichsbank-Diskont 6 Prozent, and various exchange rates.

Staatspapiere. A. Deutsche.

Table with columns: 5, 6, 5, 6, and various bond names like 1/2 Dsch. Reichsbank, 3/4 pr. Kon. St. Anl., etc.

Aktien industrieller Unternehmen.

Table with columns: Bab. Buchfabrik, Oelkahn-Werke, etc., and their respective prices.

Bank- und Versicherungs-Aktien.

Table with columns: Badische Bank, Berl. Handelsbank, etc., and their respective prices.

Staubbriefe, Prioritäts-Obligationen.

Table with columns: 4 1/2 pr. Kon. St. Anl., 4 pr. Kon. St. Anl., etc., and their respective prices.

Frankfurt a. M., 6. Februar. Kreditaktien 212.-, Staatsbahn 142,20, Lombarden 25,50, etc.

Berliner Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.)

Berlin, 6. Febr. Fondsbörse. Auf den amtlichen Bericht der Essener Kohlenbörse über andauernd feste Marktlage eröffnete die Börse in Hüften- und Bergwerkaktien zu steigenden Kursen. Eisenaktien wurden lebhaft auf weitere spekulative Käufe von interessierter Seite gehandelt. Das Geschäft war meist ruhig aber fest. Banken gut gehalten und zum Teil etwas höher. Österreichische Werte auf schwächeres Niveau niedriger. Lombarden behauptet. Bahnen still. Höher waren Kanada-Pacific auf Dividendenerklärung bezw. auf den ansehnlichen Ueberschuß für das letzte Halbjahr. Fonds fest. Russen höher. Schiffbauaktien preisgehalten. Luft-Dynamit höher gefragt auf auswärtige Käufe. In zweiter Börsenstunde Kursstand unverändert bei eingegengtem Geschäft. Tägliches Geld 3/4 pSt.

In dritter Börsenstunde hielt die Geschäftshäfte an. Industrierwerte des Kassamarktes in Spezialitäten niedriger. Terrainwerte fest. Privatdiskont 3/4 pSt.

Berlin, 6. Februar. (Schlußkurs.)

Table with columns: Kassenkassen, 1000, 1000, etc., and various market data.

W. Berlin, 6. Februar. (Telegr.) Nachbörse.

Table with columns: Kreditaktien, Diskont, etc., and their respective prices.

Londoner Effektenbörse.

Table with columns: 3 1/2 pr. Kon. St. Anl., 3 pr. Kon. St. Anl., etc., and their respective prices.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 6. Febr. (Tel.) Produktenbörse. Große Weltverschiffungen in Weizen, welche in Amerika gestern verlaufen wirkten, ließen die Tendenz des Getreidemarktes auch hier ermaten. Die Kaufkraft war kleiner und obwohl das Angebot nicht drängt, bildeten die Preise dennoch ab. Es afeet im Vorkaufe gedrückt. Mais stetig. Weizen auf Paris gebessert. Weizen: fest.

Berlin, 6. Februar. (Telegramm.) (Produktenbörse) Preise in Mark pro 100 kg. (bei Weizen netto Kasse).

Table with columns: Weizen per Mai, Roggen per Mai, etc., and their respective prices.





